



Geschäftsbericht 2016

Die Sparkasse Bremen AG

Stark. Fair. Hanseatisch.



Die Sparkasse Bremen
Finanzdienstleistung

DIE SPARKASSE BREMEN AG

Geschäftsbericht 2016

Rechtsstellung/Sitz

Die Sparkasse Bremen AG ist eine gemeinwohlorientierte Freie Sparkasse in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Bremen. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HRB 21770.

Inhalt

04	Editorial
06	Corporate Governance Bericht
08	Entsprechenserklärung 2016
09	Organe Beiräte Unternehmensbereiche
11	Lagebericht
27	Jahresabschluss
28	Jahresbilanz
30	Gewinn-und-Verlust-Rechnung
31	Anhang
46	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
47	Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG
48	Bericht des Aufsichtsrates



Die Sparkasse Bremen

Stärken bewahren, Zukunft gestalten

Die Sparkasse Bremen stand 2016 erneut vor Herausforderungen: Das Zinsniveau blieb anhaltend niedrig, gesetzliche und aufsichtsrechtliche Anforderungen nahmen weiter zu und die Digitalisierung schritt rasant voran. In diesem anspruchsvollen Umfeld konnte sich die Sparkasse Bremen als klarer Marktführer erfolgreich im Wettbewerb behaupten und ein

gutes Jahresergebnis in Höhe von 32,4 Millionen Euro erzielen. Auch das Geschäftsvolumen lag deutlich über dem Vorjahresniveau. Dank ihrer regionalen Verankerung, ihrer hohen Kundenorientierung und ihrer nachhaltigen Ausrichtung konnte sie ihre Marktführerschaft in der Region Bremen behaupten und zum Teil weiter ausbauen.



Der Vorstand der Sparkasse Bremen von links nach rechts:
Dr. Heiko Staroßom, der Vorsitzende Dr. Tim Nesemann,
Joachim Döpp und Thomas Fürst



Verhalten wachsende Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft wuchs im fünften Jahr in Folge um rund drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. In den großen Industrieländern war die Dynamik aufgrund der schwächeren Entwicklung in den Vereinigten Staaten zwar rückläufig, die Auslastung der Produktionskapazitäten nahm jedoch weiter zu. Auch wenn China 2016 mit 6,7 Prozent das geringste Wachstum seit 25 Jahren verzeichnete, konnte ein Konjunkturreinbruch vermieden werden. In Indien blieb das Wachstumstempo hoch, während in Russland und Brasilien erste Anzeichen auf ein Ende der Rezession hindeuten. Das Brexit-Votum der Briten führte zwar vorübergehend zu Unsicherheit an den Finanzmärkten, doch die Auswirkungen auf die Realwirtschaft hielten sich in Grenzen. Auch in der Eurozone setzte sich der moderate Wachstumskurs fort. Das Bruttoinlandsprodukt hat im ersten Halbjahr 2016 um 1,8 Prozent zugenommen. Getragen wurde die konjunkturelle Erholung vor allem von der Binnennachfrage.

Konsumausgaben als Wachstumsmotor für Deutschland

Das reale deutsche Wirtschaftswachstum überstieg mit 1,9 Prozent die schon relativ starken Vorjahre. Die Kauflust der Verbraucher und die Ausgaben des Staates, zum Beispiel für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, trugen maßgeblich zum Wachstum bei. Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um zwei Prozent höher als ein Jahr zuvor und brachten der deutschen Wirtschaft das kräftigste Plus seit fünf Jahren. Die staatlichen Konsumausgaben kletterten sogar um 4,2 Prozent. Die Arbeitslosigkeit befand sich auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Zudem war die Inflation gering, nur im Dezember 2016 zog sie wegen gestiegener Energiepreise an.

Wirtschaft in Bremen weiter stabil

Im Land Bremen stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 um 2,5 Prozent. Damit wuchs die Bremer Wirtschaft über dem Bundesdurchschnitt. Positive Impulse kamen von der bremischen Industrie, insbesondere der Fahrzeugindustrie, sowie aus dem Dienstleistungsbereich und dem boomenden Baugewerbe. In den bremischen Häfen drückten das verlangsamte Wirtschaftswachstum in China und die Einschränkungen im Handel mit Russland auf die Bremse. Der Umschlag nahm deshalb nur leicht zu. Für 2017 erwartet die Handelskammer Bremen eine steigende Wirtschaftsleistung – jedoch mit Einschränkungen. Vor allem das Brexit-Votum, die politischen Unruhen in der Türkei und die Unsicherheit über den Kurs des neuen US-Präsidenten Donald Trump bleiben Risikofaktoren für die künftige Entwicklung der globalen Wirtschaft und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft in Bremen.

Führender Mittelstandsfinanzierer in Bremen

In diesem wirtschaftlichen Umfeld und unter den herausfordernden Rahmenbedingungen für das Kreditgewerbe hat die Sparkasse Bremen 2016 ein zufriedenstellendes Geschäftsergebnis erzielt und ihre Marktführerschaft in der Region Bremen erneut behauptet. Über 400.000 Privatkunden und rund 34.000 Firmenkunden schenken der Sparkasse Bremen ihr Vertrauen. Im Firmenkundengeschäft ist es ihr gelungen, die Position als führender Mittelstandsfinanzierer in der Hansestadt weiter auszubauen, vor allem durch Zuwächse in der Projektfinanzierung. Im Privatkundengeschäft verzeichnete die Sparkasse Bremen ebenso Steigerungen und blieb damit klarer Marktführer in der Hansestadt. Auch bei den Immobilienfinanzierungen konnte die Sparkasse Bremen weitere Marktanteile hinzugewinnen. Seit der Umstrukturierung des ImmobilienCenters vor fünf Jahren ist der Neugeschäftsanteil von 20 auf nahezu 50 Prozent gestiegen.

Exzellente Service- und Beratungsqualität

Mit dem Ausbau ihres Multikanalangebots richtet die Sparkasse Bremen ihr Geschäft noch stärker auf die veränderten Bedürfnisse der Kunden im Zeitalter der Digitalisierung aus. Im Zuge dessen wird sie auch ihre Hauptstelle in den kommenden Jahren vom Brill in den Technologiepark verlegen. Wichtiger Bestandteil des Multikanalangebots ist und bleibt die persönliche Beratung. Das unterstreichen auch drei neue TÜV-Zertifizierungen für die hohe Qualität in der Firmenkunden-, Geschäftskunden- und Baufinanzierungsberatung. Erneut zeichnete FOCUS MONEY die Sparkasse Bremen mit dem Zertifikat „Beste Bank – Privatkunden und Firmenkunden“ aus und verlieh ihr gleichzeitig das Zertifikat „Höchste Sicherheit“ im Online- und Mobilebanking.

Nachhaltiges Handeln

Regional fest verankert, engagiert sich die Sparkasse Bremen nicht nur in allen Fragen rund um die Finanzen, sondern auch für die Lebensqualität in der Hansestadt. Als verlässlicher Partner für große und kleine Institutionen hat sie auch 2016 wieder über vier Millionen Euro in Kunst und Kultur, Sport, Bildung und Wissenschaft, Umwelt sowie soziale Projekte investiert. Am Aktionstag „Wir für Bremen“ haben zudem rund 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Tag lang in gemeinnützigen Einrichtungen vor Ort mit angepackt und gezeigt: Die Sparkasse Bremen übernimmt Verantwortung für den Standort Bremen und für die Menschen, die hier leben.

Wir danken allen Kunden und Geschäftsfreunden sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen und deren Mitgliedern für ihre Verbundenheit mit der Sparkasse Bremen und freuen uns auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Dr. Tim Nesemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. Heiko Staroßom

Corporate Governance Bericht

Corporate Governance steht für eine verantwortungsvolle und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle von Unternehmen. Sie umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich der Unternehmensorganisation, der geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Mechanismen zur Kontrolle und Überwachung. Hierzu zählen insbesondere die effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist auch ein wichtiges Anliegen der Die Sparkasse Bremen AG. Sie unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat diesen daher in ihrer Satzung verankert.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex (Fassung: 5. Mai 2015) enthält einerseits Regelungen, die sich auf die Beschreibung der geltenden Gesetzeslage beschränken, andererseits darüber hinaus Empfehlungen („soll“) und Anregungen („sollte“). Von diesen Empfehlungen und Anregungen kann nach dem Kodex abgewichen werden.

Der Aufsichtsrat ...

... überwacht die gesamte Geschäftsführung des Vorstandes. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat laufend in dem von dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Umfang zu berichten. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, der bei Bedarf ohne den Vorstand tagt. Die Aufgaben, Pflichten und Regularien des Aufsichtsrates sowie die Bildung und Zusammensetzung von Aufsichtsratsausschüssen sind in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelt.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun – im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex unabhängigen – Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer. Im Berichtsjahr gehörten dem Aufsichtsrat als von der Aktionärin gewählte oder entsandte Mitglieder die Herren Otto Lamotte (Vorsitzender ab 18. Mai 2016), Bremen, Gerhard Harder (Vorsitzender bis 18. Mai 2016), Bremen, Joachim M. Clostermann (Mitglied des Aufsichtsrates bis 18. Mai 2016), Bremen, Alexander Künzel, Bremen, Ulrich Emde (Mitglied des Aufsichtsrates ab 18. Mai 2016), Bremen, Stefan Bellinger (Mitglied des Aufsichtsrates ab 18. Mai 2016), Bremen, Frau Janina Marahrens-Hashagen, Bremen, und Herr Klaus Ziegler (stellvertretender Vorsitzender), Bremen, an. Als gewählte Arbeitnehmervertreter gehörten ihm die Herren Björn Drenkwitz, Bremen, Heiko Oerter, Bremen, und Volker Stange, Bremen, an.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Für eine darüber hinausgehende eigene Informationsordnung sieht der Aufsichtsrat derzeit unverändert keinen Bedarf. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat aktuell auf Grundlage der satzungsrechtlichen Bestimmungen einen Prüfungsaus-

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG haben in der Aufsichtsratsitzung am 30. November 2016 den Umsetzungsstatus formal bestätigt. Unverändert gilt, sich seinen Empfehlungen anzuschließen und lediglich davon abzuweichen, sofern und soweit diese für Die Sparkasse Bremen AG strukturell nicht zutreffen, weil es sich bei ihr nicht um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt bzw. sich sämtliche Aktien in der Hand einer einzigen Aktionärin befinden, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen. Seine Anregungen sollen aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG sowie aus Vereinfachungsgründen bis auf Weiteres nicht umgesetzt werden.

Die Abweichungen im Einzelnen werden von Vorstand und Aufsichtsrat in der gemeinsamen Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offengelegt. Der Corporate Governance Bericht einschließlich Entsprechenserklärung wird als Bestandteil des Geschäftsberichtes der Die Sparkasse Bremen AG jährlich auf deren Internetwebsite „www.sparkasse-bremen.de“ veröffentlicht und zugänglich gehalten.

schuss, einen Personalausschuss sowie einen Kredit- und Risikoausschuss gebildet. Über die konkrete Ausschussarbeit im Berichtsjahr, sowie über Veränderungen in der Ausschussstruktur, informiert der „Bericht des Aufsichtsrates“. Der Aufsichtsrat trat 2016 zu sechs Sitzungen zusammen, um sich unter anderem über die aktuelle Geschäftsentwicklung zu informieren, geschäftspolitische Themen zu diskutieren und über Vorstandsangelegenheiten (einschließlich des Vergütungssystems) zu beraten. Mittels Quartalsberichten wurde der Aufsichtsrat darüber hinaus zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 2016 durch den Vorstand zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert.

Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in der Satzung geregelt und wird durch die Hauptversammlung festgesetzt. Neben dem Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine angemessene jährliche Vergütung. Eine etwa anfallende Umsatzsteuer wird gesondert vergütet. Die derzeit gültigen Vergütungsregelungen wurden in der Hauptversammlung am 18. Mai 2016 beschlossen. Jedes Mitglied erhält eine jährliche fixe Vergütung. Der Vorsitzende erhält das 3-Fache, sein Stellvertreter und die Vorsitzenden der Ausschüsse das 1,5-Fache dieses Vergütungsbetrages. Als erfolgsabhängige Komponente wurde für Verlustjahre eine Halbierung der jährlichen Vergütung vereinbart. Darüber hinaus wird je Aufsichtsrats- bzw. Ausschusssitzung ein angemessenes Sitzungsgeld gezahlt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte dieses Betrages.

Auf die individualisierte Offenlegung der Vergütung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates wird verzichtet. Die Gesamtbezüge aller Aufsichtsratsmitglieder sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 zu entnehmen. Die Zahlung erfolgt jeweils nach Ablauf des Berichtsjahres Anfang Januar des laufenden Geschäftsjahres.

Der Aufsichtsrat befasst sich regelmäßig im Zuge von Neuvorschlägen bzw. der Wiederwahl von Aufsichtsratsmitgliedern mit seiner internen Struktur und Zusammensetzung. Konkret sind Altersgrenzen festgelegt.

In einer formularmäßigen Befragung werden die Mitglieder des Aufsichtsrates einmal jährlich über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt, die aufgrund einer Organfunktion oder Beratungsaufgabe in anderen bzw. für andere Unternehmen entstehen könnten. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

Der Vorstand ...

... führt als kollegiales Gremium die Geschäfte der Die Sparkasse Bremen AG. Die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Anstellungsvertrag, der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und den einschlägigen Gesetzen. In der Geschäftsordnung für den Vorstand werden unter anderem die Zusammenarbeit, die Geschäftsverteilung und die allgemeinen Befugnisse des Vorstandes geregelt. Im Berichtsjahr bestand der Vorstand aus vier Mitgliedern, dem Vorsitzenden sowie drei weiteren Mitgliedern des Vorstandes.

Der Personalausschuss des Aufsichtsrates ist u. a. zuständig für die Personalangelegenheiten der Mitglieder des Vorstandes einschließlich der Vorbereitung von Entscheidungen für den Aufsichtsrat über deren Bestellung und deren Abberufung, den Abschluss und die Beendigung von Dienstverträgen, die Regelungen über die Altersvorsorge von Vorstandsmitgliedern und alle anderen Angelegenheiten, welche nach § 112 AktG in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fallen. Die Aufgaben des Aufsichtsrates nach § 107 Abs. (3) Satz 3 AktG bleiben davon unberührt.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Vorstandes setzen sich aus fixen und variablen Bestandteilen zusammen. In seiner Sitzung am 30. November 2016 wurde der Aufsichtsrat turnusmäßig über die Struktur und Angemessenheit des Vergütungssystems und etwaige Anreizsysteme mit Langzeitwirkung für den Vorstand informiert. Die erfolgsabhängige Vergütung wird neben dem originären Unter-

nehmensergebnis von der Erreichung entsprechender Langfristziele (Kundennutzen, Produktivität, Risikotragfähigkeit) sowie individuellen, persönlichen Zielen beeinflusst. Als Bemessungsgrundlage dienen die jeweils vereinbarten fixen Bezüge. Die variable Vergütung ist auf 100 % der Grundvergütung begrenzt. Darüber hinausgehende variable Vergütungsinstrumente bzw. -programme, z. B. Aktienoptionspläne oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme, werden nicht angeboten.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 18. Mai 2016 wird aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung der Die Sparkasse Bremen AG auf eine individualisierte Offenlegung der Gesamtvergütung nebst deren Bestandteilen für jedes Vorstandsmitglied verzichtet. Ein Vergütungsbericht als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes wird daher nicht erstellt. Die Gesamtbezüge aller Mitglieder des Vorstandes sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 zu entnehmen.

Einmal jährlich werden die Mitglieder des Vorstandes in einer formularmäßigen Befragung über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

Entsprechenserklärung 2016

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG erklären entsprechend § 161 AktG:

1. Die Sparkasse Bremen AG hat den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 05. Mai 2015 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:
 - a) Eine Erleichterung der persönlichen Wahrnehmung von Aktionärsrechten, eine Unterstützung der Aktionäre bei der Stimmrechtsvertretung und die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Stimmrechtsausübung der Aktionäre der Die Sparkasse Bremen AG sind aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 2.3.2).
 - b) Über die Corporate Governance wird jährlich berichtet, allerdings – mangels umfassender Erklärung zur Unternehmensführung – weiterhin im Corporate Governance Bericht im Geschäftsbericht (Kodex-Nr. 3.10).
 - c) Der Präsidialausschuss bzw. der Prüfungsausschuss (ab dem 07. September 2016) bereitet u. a. auf Basis der Prüfungsberichte die Sitzung des Aufsichtsrates vor, in der der Jahresabschluss behandelt wird. Ihm sind die Compliance-Berichte vorzulegen. Bis zum 07. September 2016 waren der Vorsitz im Aufsichtsrat und der Vorsitz im Präsidialausschuss identisch. Aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG bestand für eine Trennung des Vorsitizes im Aufsichtsrat und des Vorsitizes im Präsidialausschuss kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 5.2).
 - d) Der Präsidialausschuss bzw. der Personalausschuss (ab dem 07. September 2016) nimmt u. a. die Aufgaben eines Nominierungsausschusses nach § 25 d Abs. (11) KWG wahr. Auf die Bildung eines eigenständigen Nominierungsausschusses wird daher vom Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG aufgrund der Aktionärsstruktur verzichtet (Kodex-Nr. 5.3.3).
 - e) Auf eine Festlegung der Zugehörigkeitsdauer von Aufsichtsratsmitgliedern wird im Interesse der Kontinuität verzichtet (Kodex-Nr. 5.4.1).
 - f) Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG sowie etwaige von der Die Sparkasse Bremen AG an diese gezahlten Vergütungen oder gewährten Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, werden aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung weder im Anhang zum Jahresabschluss noch im Lagebericht individualisiert offengelegt (Kodex-Nr. 5.4.6).
 - g) Für eine unverzügliche Information der Finanzholding der Sparkasse in Bremen als einziger Aktionärin über sämtliche neuen Tatsachen, die Die Sparkasse Bremen AG Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt hat, besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 6.1).
 - h) Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit publiziert Die Sparkasse Bremen AG aufgrund ihrer Aktionärsstruktur keinen Finanzterminkalender über wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen (Kodex-Nr. 6.3).
 - i) Die Sparkasse Bremen AG stellt aufgrund Ausübung von Wahlrechten gemäß Handelsgesetzbuch keinen Konzernabschluss und Konzernlagebericht auf. Nach Auffassung von Aufsichtsrat und Vorstand besteht aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung kein Umsetzungsbedarf (Kodex-Nr. 7.1.1, 7.1.2, 7.1.3 und 7.1.4).
2. Die Sparkasse Bremen AG wird den Empfehlungen der „Regierungskommission des Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 05. Mai 2015 mit den unter 1. a) – i) genannten Ausnahmen entsprechen.

Bremen, 23. März 2017

Der Aufsichtsrat

Otto Lamotte
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Der Vorstand

Dr. Tim Neseemann
Vorsitzender des Vorstandes

Joachim Döpp
Mitglied des Vorstandes

Organe

Aufsichtsrat

Dipl.-Kfm. Otto Lamotte,
Vorsitzender ab 18.05.2016
Geschäftsführender Gesellschafter der
HENRY LAMOTTE OILS GmbH
Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender
(bis 18.05.2016)
Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG
Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender
Geschäftsführender Gesellschafter der
NordCap GmbH & Co. KG
Stefan Bellinger
(ab 18.05.2016)
Geschäftsführender Gesellschafter der
Carbox GmbH & Co. KG
Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann
(bis 18.05.2016)
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der
Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs- / Steuerberatungsgesellschaft

Björn Drenkwitz
Angestellter der
Die Sparkasse Bremen AG
Dipl.-Kfm. Ulrich Kurt Emde
(ab 18.05.2016)
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer
Geschäftsführer der Westprüfung Emde
GmbH & Co. KG
Partner der Emde & Partner mbB
Alexander Künzel
Vorstandsvorsitzender der
Bremer Heimstiftung
Dipl.-Kffr. Janina Marahrens-Hashagen
Geschäftsführende Gesellschafterin der
H. Marahrens Schilderwerk, Siebdruckerei,
Stempel GmbH
Heiko Oerter
Angestellter der
Die Sparkasse Bremen AG
Volker Stange
Angestellter der
Die Sparkasse Bremen AG

Vorstand

Dr. rer. nat. Tim Nesemann
Vorsitzender des Vorstandes
Joachim Döpp
Thomas Fürst
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Beiräte

Direktion Nord

Hans-Jürgen Busch
Inhaber der Firma Rudolf P. Kuschka
Technischer Großhandel
Heiko Dornstedt
Ortsamtsleiter Vegesack
Karl-Peter Hoffmeyer
Vorsitzender des Vorstandes der
Nehlsen AG

Reiner Kammeyer
Referent Senatskanzlei Bremen
Matthias Mantwill
Geschäftsführer der
BWK Chemiefaser GmbH
Olaf Mosel
Kaufmann

Karin Petry
Geschäftsführende Gesellschafterin der
Johanne Meineke Ww. GmbH
Christian Stubbe
Mitinhaber der Beerdigungsinstitute
W. Bischoff & Kathmeyer

Direktion Ost

Marco Bremermann
Geschäftsführender Gesellschafter der
Firmengruppe Müller & Bremermann
Ludwig Cords
Geschäftsführender Gesellschafter der
BHK Tief- und Rohrbau GmbH
Heinz Döhrmann
Landwirt

Marco Fuchs
Vorsitzender des Vorstandes der
OHB Technology AG
Ulrich Höft
Ortsamtsleiter Hemelingen
Frauke Riedemann-Schmitz
Inhaberin des Schuhhauses Riedemann
Ulrich Schlüter
Ortsamtsleiter Osterholz

Prof. Dr. Detlev K. Schrade
Diplom-Ökonom, Steuerberater
Rolf A. Weidelt
Geschäftsführender Gesellschafter der
A. Weidelt Systemtechnik GmbH & Co. KG
Jens Wittrock
Kaufmann

Allen Beiratsmitgliedern danken wir für ihren Rat und ihre Einsatzbereitschaft, mit denen sie die Entwicklung der Sparkasse Bremen in ihren Stadtteilen gefördert und dazu beigetragen haben, die enge Verbindung der Sparkasse zur bremischen Bevölkerung und zur heimischen Wirtschaft zu pflegen.

Unternehmensbereiche

Marktbereich

Direktionen

Detlef Mehrkens, Mitte und Nord
Michael Fehrt, Süd und Ost

Private Banking

Dr. Dirk Rollenhagen

Immobiliencenter

Holm Diez
Holger Hintze

Firmenkunden

Ralf Kubitz
(bis 31.05.2016)
Ralf Pfannenschmidt
(bis 31.05.2016)
Heiko Jodeit
(ab 01.01.2016)

Internationale Firmenkunden

Prof. Dr. iur. Christoph Graf von Bernstorff

Treasury (ab 01.07.2016 Referat Treasury)

Werner Logemann
(bis 31.05.2016)
Matthias Gramb
(ab 01.06.2016)

Servicebereich

Compliance

Kerstin Hainle

Gesamtbanksteuerung

Wolfgang Taden

Kreditmanagement

Rainer Büssenschütt

Kundenservice

Janet Wilhelmi

Organisation

Arne Beckefeld

Personal

Reinhard Lüllmann

Revision

Oliver Buck

Vorstandsstab und Kommunikation

Dr. Birgit Krull

DIE SPARKASSE BREMEN AG

Lagebericht

Grundlagen der Sparkasse

Auf Initiative von Bremer Bürgerinnen und Bürgern wurde die Sparkasse Bremen 1825 gegründet. Noch heute gehört die Sparkasse Bremen als freie Sparkasse den Bremerinnen und Bremern. Ihnen verdankt sie ihren Erfolg und ihre Stärke.

Mit einem Geschäftsvolumen von rund 12 Mrd. EUR und rund 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Sparkasse Bremen ein starker Partner für Privat- und Firmenkunden in der Hansestadt. Sie bietet als Marktführer ein breites Angebot hochwertiger Finanzdienstleistungen für alle Bremerinnen und Bremer. Neben dem Privatkundengeschäft zählen die Vermögensberatung, das Private Banking und das Firmenkundengeschäft zum Angebot. Über 400.000 Privat- und rund 34.000 Firmenkunden schenken der Sparkasse Bremen ihr Vertrauen. Damit hat die Sparkasse Bremen in der Region Bremen einen Marktanteil von über 40 %.

Die Nähe zum Kunden, umfassende Beratungsleistungen, die professionelle Entscheidung vor Ort sowie ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung für Bremen und die Region gehören zum Selbstverständnis der Sparkasse Bremen.

Die Sparkasse Bremen leistet mit einem jährlichen Betrag von rund 4 Mio. EUR für gemeinwohlorientierte Initiativen sowie vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in Bremen.

Ihr gesellschaftliches Engagement hat die Sparkasse Bremen insbesondere im Jahr 2016 durch die deutschlandweit einmalige Aktion „Wir für Bremen“ zum Ausdruck gebracht: Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich an einem Arbeitstag in insgesamt 150 Projekten bei 15 gemeinwohlorientierten Institutionen und öffentlichen Einrichtungen in ganz Bremen engagiert und somit die starke Gemeinwohlorientierung der Sparkasse Bremen vor Ort lebendig werden lassen.

Die Sparkasse Bremen hat sich im Jahr 2015 als vierte Sparkasse in Deutschland verpflichtet, den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) anzuerkennen. Mit der Abgabe einer Entsprechenserklärung zum DNK erfüllt die Sparkasse Bremen damit bereits heute die ab 2017 verpflichtend geltenden Anforderungen zur Berichterstattung über Aspekte des nachhaltigen Wirtschaftens.

Wirtschaftsbericht

Die Weltwirtschaft wuchs im fünften Jahr in Folge um rund drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. In den großen Industrieländern war die Dynamik aufgrund der schwächeren Entwicklung in den Vereinigten Staaten zwar rückläufig, die Auslastung der Produktionskapazitäten nahm jedoch weiter zu. Auch wenn China 2016 mit 6,7 % das geringste Wachstum seit 25 Jahren verzeichnete, konnte ein Konjunkturerinbruch vermieden werden. In Indien blieb das Wachstumstempo hoch, während in Russland und Brasilien erste Anzeichen auf ein Ende der Rezession hindeuten. Das Brexit-Votum der Briten führte zwar vorübergehend zu Unsicherheit an den Finanzmärkten, doch die Auswirkungen auf die Realwirtschaft hielten sich in Grenzen. Auch in der Eurozone setzte sich der moderate Wachstumskurs fort. Das Bruttoinlandsprodukt hat im ersten Halbjahr 2016 um 1,8 % zugenommen. Getragen wurde die konjunkturelle Erholung vor allem von der Binnennachfrage.

Das reale deutsche Wirtschaftswachstum überstieg mit 1,9 % die schon relativ starken Vorjahre. Die Kauflust der Verbraucher und die Ausgaben des Staates, zum Beispiel für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, trugen maßgeblich zum Wachstum bei. Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um zwei Prozent höher als ein Jahr zuvor und brachten der deutschen Wirtschaft das kräftigste Plus seit fünf Jahren. Die staatlichen Konsumausgaben kletterten sogar um 4,2 %. Die Arbeitslosigkeit befand sich auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Zudem war die Inflation gering, nur im Dezember 2016 zog sie wegen gestiegener Energiepreise an.

Im Land Bremen stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 um 2,5 %. Damit wuchs die Bremer Wirtschaft über dem Bundesdurchschnitt. Positive Impulse kamen von der bremischen Industrie, insbesondere der Fahrzeugindustrie, sowie aus dem Dienstleistungsbereich und dem boomenden Baugewerbe. In den bremischen Häfen drückte das verlangsamte Wirtschaftswachstum in China und die Einschränkungen im Handel mit Russland auf die Bremse. Der Umschlag nahm deshalb nur leicht zu. Für 2017 erwartet die Handelskammer Bremen eine steigende Wirtschaftsleistung – jedoch mit Einschränkungen. Vor allem das Brexit-Votum, die politischen Unruhen in der Türkei und die Unsicherheit über den Kurs des neuen US-Präsidenten Donald Trump bleiben Risikofaktoren für die künftige Entwicklung der globalen Wirtschaft und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft in Bremen.

Die deutsche Kreditwirtschaft stand auch im Jahr 2016 aufgrund extrem niedriger Marktinzinsen, weiter zunehmenden regulatorischen Anforderungen, fortschreitender Digitalisierung und erheblichem Wettbewerbsdruck vor großen Herausforderungen. Insbesondere das anhaltend niedrige Zinsniveau begrenzte weiterhin die Möglichkeiten für Kreditinstitute, Erträge zu erwirtschaften und Fristentransformation zu betreiben. Vor dem Hintergrund dieser anspruchsvollen Rahmenbedingungen hat sich die Entwicklung der deutschen Kreditwirtschaft im Jahr 2016 insgesamt als stabil erwiesen.

Geschäftsentwicklung

Geschäftsverlauf/Entwicklung 2016

Die Sparkasse Bremen blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 zurück. Unter weiterhin herausfordernden, insbesondere durch Niedrigzinsumfeld und steigende Regulierungsanforderungen geprägten Rahmenbedingungen konnte die Sparkasse Bremen die Marktführerschaft in der Region Bremen erneut behaupten. Infolge der anhaltend positiven Geschäftsentwicklung vornehmlich im Kredit-, aber auch im Einlagengeschäft erhöhte sich die Bilanzsumme im Vorjahresvergleich um 352,6 Mio. EUR. Das Geschäftsvolumen lag zum Geschäftsjahresende mit 11.855,3 Mio. EUR ebenfalls deutlich über Vorjahresniveau. Im Zinsüberschuss, als wichtigster Ertragsquelle, verzeichnete die Sparkasse Bremen im operativen Geschäft auch im Jahr 2016 – trotz anhaltender Niedrigzinsphase – eine stabile Entwicklung.

Das Kundenkreditgeschäft konnte die Sparkasse Bremen im Vergleich zum Vorjahr stichtagsbezogen um 250,0 Mio. EUR auf 9.012,8 Mio. EUR steigern. Im Firmenkundengeschäft verzeichnete die Sparkasse Bremen insbesondere aufgrund erneut starker Zuwächse im Bereich der Projektfinanzierungen eine deutlich sowohl über dem Vorjahr als auch über den Erwartungen liegende Bestandsentwicklung und baute damit ihre Position als wichtigster Mittelstandsfinanzierer in Bremen weiter aus. In der Entwicklung des Kreditgeschäftes mit Privatkunden zeigte das im März 2016 verabschiedete Gesetz zur Umsetzung der europäischen Wohnimmobilienkreditrichtlinie temporäre Auswirkungen. Die Geschäftsentwicklung verlief im Vergleich zum Vorjahr dennoch positiv und annähernd wie erwartet: Aufgrund der kontinuierlich hohen Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen konnte die Sparkasse Bremen im Wohnungsbaukreditgeschäft die durch das niedrige

Zinsniveau weiterhin begünstigten Sondertilgungen erneut durch Zuwächse im Neugeschäft kompensieren und insgesamt einen Anstieg der Bestände verzeichnen.

Trotz hohen Wettbewerbsdrucks und anhaltender Niedrigzinsphase verzeichnete die Sparkasse Bremen im Kundeneinlagengeschäft im Berichtsjahr wie geplant eine stabile Geschäftsentwicklung. Aus den deutlichen Zuwächsen im Privatkundenbereich und der leicht rückläufigen Entwicklung im Firmenkundenbereich resultierte insgesamt eine im Vergleich zum Vorjahr moderate Erhöhung der Bestände. Dabei verzichtete die Sparkasse Bremen im Kundeneinlagengeschäft trotz der mit den niedrigen Marktzinsen verbundenen Ertragsbelastungen auf die Weitergabe von Negativzinsen an Privatkunden.

Im Bereich der Eigenanlagen in Wertpapieren und im Derivatebereich war die Entwicklung der Aktien- und Rentenmärkte wie im Vorjahr auch im Jahr 2016 durch hohe Volatilitäten und Schwankungsbreiten geprägt. Vor dem Hintergrund der Marktentwicklungen und zur Risikoreduktion sowie stärkeren Fokussierung auf das Kundengeschäft hat die Sparkasse Bremen die Aktivitäten zur Neustrukturierung ihrer Eigenanlagen fortgesetzt. In diesem Zusammenhang reduzierte die Sparkasse Bremen ihren Direktbestand sowie ihre Spezial- und Publikumsfondsbestände im Berichtsjahr deutlich. Zum Jahresende betrug der bilanzielle Bestand an Eigenanlagen 893,5 Mio. EUR und verringerte sich damit um 616,7 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Sparkasse Bremen erzielte im Geschäftsjahr 2016 mit 32,4 Mio. EUR einen im Vergleich zum Vorjahr um 6,7 Mio. EUR erhöhten Jahresüberschuss.

Personal- und Sozialbereich

Im Rahmen der konsequenten Ausrichtung auf den Kundennutzen und mit dem Ziel der stetigen und nachhaltigen Produktivitätsverbesserung hat die Sparkasse Bremen im Geschäftsjahr 2016 die in den Vorjahren initiierten Maßnahmen zur Vereinfachung der Prozesse, zum systematischen Ausbau des digitalen Angebotes und zur Veränderung der Führungsspannen intensiviert.

Der Personalbestand der Sparkasse Bremen reduzierte sich zum Jahresende vorrangig durch Vorruhestandsvereinbarungen auf 1.389 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (-4,0 % gegenüber dem Vorjahr). Umgerechnet auf Vollzeitkräfte entspricht dies 1.194 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (rund 70 %) arbeitet in der Beratung der Kunden. Insgesamt arbeiten wie im Vorjahr 523 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit (ca. 38 % der Beschäftigten).

Die Sparkasse Bremen strebt für ihre Kunden die höchstmögliche Beratungsqualität an und orientiert sich dabei an deren Zielen und Wünschen. Zur Erfüllung dieses Anspruches und zur langfristigen Sicherstellung der hohen Beratungskompetenz investiert die Sparkasse Bremen kontinuierlich in die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl in der Kundenberatung als auch im Backoffice-Bereich. Das Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot in Form von betriebsinternen und externen Seminaren stellt sicher, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Erwartungen erfüllen. Dies spiegelt sich in deren hohem Ausbildungsstand wider: Über 78 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann oder

über eine weitergehende Qualifikation als Sparkassen-/Bankfachwirt, Sparkassenbetriebswirt (grad.) oder Bankbetriebswirt. Darüber hinaus haben knapp ein Achtel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Abschluss einer Fachhochschule oder Universität.

Zusätzlich unterstützt die Sparkasse Bremen ihre Mitarbeiter auch bei der nebenberuflichen Weiterbildung. Auf Basis der Erfahrungen im Zusammenhang mit der vor drei Jahren eingeführten „Förderpolicy“ wurde diese Unterstützung im Berichtsjahr bedarfsgerechter ausgerichtet. Im Rahmen von Förderkonferenzen erfolgt die Auswahl von Talenten zukünftig noch gezielter. Um zusätzlich zur kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine professionelle Nachfolgeplanung für Führungskräftepositionen sicherzustellen, wurde im Berichtsjahr die „Learn-Akademie“ eingerichtet.

Der Erfolg dieses Aus- und Weiterbildungsconzeptes sowie der weiteren Personalentwicklungsmaßnahmen wurde auch im Berichtsjahr durch verschiedene Auszeichnungen für beste Beratungsqualität im Privat- und Firmenkundenbereich bestätigt.

Die Sparkasse Bremen bot auch im Berichtsjahr jungen Menschen die Möglichkeit, den Beruf der Bankkauffrau/des Bankkaufmanns zu erlernen. Dabei wurden erstmals seit Jahren neben Abiturienten auch wieder Realschüler eingestellt. Zum 31.12.2016 betrug die Anzahl ihrer Auszubildenden 103 und konnte somit auf einem hohen Niveau gehalten werden. Mit einer Ausbildungsquote von 8,3 % der bankspezifisch Beschäftigten leistet die Sparkasse Bremen einen erheblichen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Bre-

men. Die gute Qualität der Ausbildung bei der Sparkasse Bremen wurde 2016 durch die Auszeichnung von sieben Auszubildenden mit dem Preis der Hermann-Leverenz-Stiftung für hervorragende Leistungen in den kaufmännischen Abschlussprüfungen bestätigt.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für die Sparkasse Bremen seit Jahren sehr wichtig. Sie investiert deshalb insbesondere in die Bereiche Kinderbetreuung, Unterstützung pflegender Angehöriger, Teilzeitmodelle, Gesundheitsmanagement sowie in eine Vielzahl betrieblicher Sozialleistungen. Diese Investitionen tragen zur Attraktivität der Sparkasse Bremen als Arbeitgeber bei und sind deshalb auch immer wieder ein Schlüssel für die guten Ergebnisse im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs von „Great Place to Work“. Im Berichtsjahr gaben 86 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an, dass die Sparkasse Bremen alles in allem ein sehr guter Arbeitgeber sei. Mit einem Trust-Index von 77 % und einer hervorragenden externen Beurteilung der sozialen Nebenleistungen, der gemeinnützigen Aktivitäten und anderer Aspekte gehörte die Sparkasse Bremen im Berichtsjahr erneut zu den besten Arbeitgebern Deutschlands. Erfreulich ist auch, dass diese Umfrage bei der Belegschaft jährlich auf stärkere Akzeptanz stößt.

Kundenbeziehungen

Die Sparkasse Bremen konnte sich erneut als klarer Marktführer im Privatkundengeschäft in der Region Bremen positionieren. Auch im Firmenkundengeschäft behielt sie ihre hohe Marktstellung und ist weiterhin die Nummer 1 in der Mittelstandsfinanzierung.

Indikator dafür ist der jährlich ermittelte Kundenpräferenzwert. Dieser gibt die Position der Sparkasse Bremen – auf Basis des aktuellen Leistungsportfolios – im Vergleich zum Wettbewerb wieder und wird durch eine repräsentative Befragung der Bremer Bevölkerung ermittelt. Auf Basis der 2016 durchgeführten Befragung weist die Sparkasse Bremen eine sehr starke Marktstellung auf, die sich in einem Präferenzwert im Privatkundenbereich von 52 sowie im Firmenkundenbereich von 62 darstellt. Damit konnte sich die Sparkasse Bremen in einem wettbewerbsintensiven Umfeld im Privatkundenbereich gut behaupten, im Firmenkundenbereich konnte die überaus starke Marktstellung der Vorjahre sogar noch ausgebaut werden.

Im Rahmen der Kundenbefragung werden auch die Relevanzen einzelner Angebote des Leistungsportfolios durch die Marktteilnehmer bewertet. Danach wird deutlich, wie wichtig das Thema Online- und Mobilebanking, aber auch das Sicherheitsbedürfnis der Befragten ist. Dies steht nicht etwa im Widerspruch zueinander, sondern zeigt, dass der Umgang mit den neuen Medien nur

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Die Sparkasse Bremen gibt nachfolgende Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB ab:

Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Sparkasse Bremen haben im Geschäftsjahr 2015 Zielgrößen für den Frauenanteil und Zieltermine für deren Erreichung im Aufsichtsrat und Vorstand sowie in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes gemäß § 76 Abs. 4 und § 111 Abs. 5 AktG festgelegt.

Die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 5 AktG beträgt 22 %. Für das Erreichen dieser Zielgröße wird ein Zeitraum bis zum 30. Juni 2017 festgelegt. Die Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand gemäß § 111 Abs. 5 AktG beträgt 25 % mit einer Umsetzung bis zum 31. Dezember 2020. Für die beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes wurden gemäß § 76 Abs. 4 AktG Zielgrößen von 20 % mit einer Umsetzung bis zum 30. Juni 2017 sowie 25 % mit einer Umsetzung bis zum 31. Dezember 2019 festgelegt.

dann einen Wettbewerbsvorteil mit sich bringt, wenn sich die Nutzer sicher fühlen – beim Datenschutz angefangen bis hin zur Einlagensicherung. Diese Sicherheit ist für die Sparkasse Bremen selbstverständlich, wurde im Jahr 2016 jedoch davon unabhängig auch von FOCUS MONEY mit dem Zertifikat „Höchste Sicherheit“ bestätigt.

Eines der Differenzierungsmerkmale der Sparkasse Bremen ist die Erreichbarkeit vor Ort und in diesem Zusammenhang insbesondere die sehr gute Beratungskompetenz. Diese führt dazu, dass die Sparkasse Bremen seit mehreren Jahren regelmäßig Auszeichnungen z.B. im FOCUS MONEY „City Contest“ oder das Zertifikat des TÜV Rheinland entgegennehmen darf. Im Jahr 2016 bescheinigte FOCUS MONEY der Sparkasse Bremen mit dem Zertifikat „Beste Bank – Privatkunden und Firmenkunden“ sowohl für die Beratung als auch für die Servicequalität beste Noten.

Der Sparkasse Bremen als regionales Institut, welches alle Entscheidungen hier vor Ort trifft, sind nachhaltige Werte wie Verlässlichkeit, eine hohe Beratungsqualität und exzellenter Service ein primäres Anliegen. Die Vermeidung von langen Entscheidungswegen erhöht die Zufriedenheit der Kunden, die darauf setzen, bei ihren Anliegen kompetent, schnell und zuverlässig unterstützt zu werden.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen im anhaltenden Niedrigzinsumfeld und den daraus resultierenden wirtschaftlichen und bilanziellen Belastungen sowie mit der Zielsetzung, zukünftige aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen, hat die Sparkasse Bremen im Berichtsjahr weitere Maßnahmen zur langfristigen Erhaltung von Substanz und dauerhafter Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit beschlossen. Die in Teilbereichen erfolgte Umsetzung der Maßnahmen wirkte im Berichtsjahr positiv auf die Vermögenslage und führte zu einmaligen, deutlichen Ergebnisbeiträgen.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 18. Mai 2016 hat die Sparkasse Bremen ihr Grundkapital aus Gesellschaftsmitteln durch Umwandlung der anderen Gewinnrücklagen von 370,0 Mio. EUR auf 500,0 Mio. EUR erhöht. Darüber hinaus wurde der Vorstand mit Beschluss der Hauptversammlung vom 18. Mai 2016 ermächtigt, das Grundkapital der Sparkasse Bremen mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 17. Mai 2021 um bis zu insgesamt 250,0 Mio. EUR durch die Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zu erhöhen. Das genehmigte Kapital

wurde im Geschäftsjahr teilweise durch Ausgabe neuer Aktien ausgenutzt.

Der kontinuierlich sinkende Rechnungszins für Pensionsverpflichtungen infolge der andauernden Niedrigzinsphase führt zu immer höheren Rückstellungstellungswerten und damit verbundenen erheblichen Ergebnisbelastungen. In diesem Kontext hat die Sparkasse Bremen beschlossen, den Durchführungsweg ihrer Pensionsverpflichtungen durch Übertragung auf einen Pensionsfonds im Geschäftsjahr 2017 betriebswirtschaftlich zu optimieren. Die unter anderem dadurch bedingte strategische Neuausrichtung der Zinsbuchsteuerung (verlustfreie Bewertung gemäß IDW RS BFA 3) zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken führte im Berichtsjahr zu einmaligen, positiven Ergebnisbeiträgen infolge der in hohem Umfang erfolgten Auflösung von Zinsswaps.

Um den Auswirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase auch mittel- bis langfristig entgegenzuwirken, hat die Sparkasse Bremen darüber hinaus die betriebliche Altersversorgung mit Wirkung zum 31. Dezember 2019 geschlossen.

Vermögenslage

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN:

	Bestand (in Mio. €)		Bestand (in Mio. €)	
	31.12.2016		31.12.2015	
Geschäftsvolumen	11.855,3		11.474,7	
Forderungen an Kunden	9.012,8	76,0 %	8.762,8	76,4 %
<i>darunter:</i>				
grundpfandrechtl. gesichert	3.759,6	31,7 %	3.521,9	30,7 %
Kommunalkredite	157,0	1,3 %	136,2	1,2 %
Forderungen an Kreditinstitute	682,4	5,8 %	368,3	3,2 %
Wertpapiervermögen	893,5	7,5 %	1.510,2	13,2 %
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	178,9	1,5 %	160,0	1,4 %
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	7.884,6	66,5 %	7.670,9	66,9 %
<i>darunter:</i>				
Spareinlagen	3.083,3	26,0 %	3.142,0	27,4 %
Schuldverschreibungen	199,8	1,7 %	212,2	1,8 %
Täglich fällige Einlagen	4.058,8	34,2 %	3.656,2	31,9 %
Befristete Einlagen	542,6	4,6 %	660,5	5,8 %
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	2.174,9	18,3 %	2.193,0	19,1 %
Eventualverbindlichkeiten	440,9	3,7 %	412,9	3,6 %
Eigenkapital	705,9	6,0 %	661,6	5,8 %

Ursächlich für die erneute Ausweitung der Kundenforderungen um 250,0 Mio. EUR war im Wesentlichen die positive, über den Erwartungen liegende Entwicklung im Firmenkundengeschäft. Auch im Jahr 2016 konnte die Sparkasse Bremen als wichtigster Mittelstandsfinanzierer in Bremen insbesondere im Bereich der Projektfinanzierungen das Neugeschäftsvolumen ausweiten und damit eine deutlich über den Erwartungen liegende Bestandsentwicklung verzeichnen. Die im Vorjahresvergleich erneut positive Volumenentwicklung im Privatkundengeschäft ist im Wesentlichen durch Steigerungen des Neugeschäftsvolumens im Wohnungsbaukreditgeschäft gekennzeichnet. Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen verlief die Entwicklung im Privatkundengeschäft damit annähernd wie erwartet.

Die Kundenverbindlichkeiten erhöhten sich in der Stichtagsbetrachtung im Vergleich zum Vorjahr um 213,7 Mio. EUR. Trotz anspruchsvoller Rahmenbedingungen – geprägt durch hohen Wettbewerbsdruck und anhaltende Niedrigzinsphase – verzeichnete die Sparkasse Bremen im Privatkundenbereich eine erfolgreiche, die Erwartungen übertreffende Entwicklung und konnte dadurch die rückläufige und auch unter den Erwartungen liegende Entwicklung im Firmenkundenbereich kompensieren. Während sich die Bestände an Spareinlagen, Schuldverschreibungen und befristeten Einlagen im Vorjahresvergleich rückläufig entwickelten, erhöhte sich der Ausweis an täglich fälligen Einlagen im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 402,6 Mio. EUR. Diese Bestandsentwicklung im Einlagengeschäft ist im Wesentlichen Folge einer grundsätzlichen Zurückhaltung gegenüber langfristig ausgerichteten Anlageformen aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus.

Die Reduzierung des Wertpapiervermögens um 616,7 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf Verkäufe im Spezial- und Publikumsfondsbestand im Zuge der im Geschäftsjahr 2016 fortgesetzten Neustrukturierung im Bereich der Eigenanlagen zurückzuführen.

Die Bestände bei den Kreditinstituten verzeichneten in der Stichtagsbetrachtung eine gegenläufige Entwicklung. Während

sich die Forderungen im Vorjahresvergleich durch die Veräußerungsmaßnahmen im Bereich der Eigenanlagen deutlich um 314,1 Mio. EUR erhöhten, verringerten sich die Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr leicht um 18,1 Mio. EUR.

Der Anteilsbesitz der Sparkasse Bremen an Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 18,9 Mio. EUR und weist zum Jahresende einen Wert von 178,9 Mio. EUR aus. Die wesentliche Veränderung im Berichtsjahr im Rahmen der Maßnahmen zur Optimierung des Beteiligungsportfolios resultierte aus der Erhöhung des Beteiligungsbuchwertes an der KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH in Höhe von 20,0 Mio. EUR im Zusammenhang mit der Finanzierung der Übertragung von bisher im Portfolio der Sparkasse Bremen befindlichen Wertpapierpositionen. Insgesamt verteilt sich der Anteilsbesitz der Sparkasse Bremen auf 40 Unternehmen.

Die Erhöhungen im Eigenkapitalausweis der Sparkasse Bremen im Vergleich zum Vorjahr resultieren im Wesentlichen aus der teilweisen Ausnutzung des genehmigten Kapitals durch Ausgabe neuer Vorzugsaktien in Höhe von 13,8 Mio. EUR (inkl. Agio) sowie aus dem im Berichtsjahr erzielten Jahresergebnis in Höhe von 32,4 Mio. EUR.

Zum Bilanzstichtag betrug das Kernkapital der Sparkasse Bremen 734,8 Mio. EUR. Dies entspricht einer Kernkapitalquote von 9,3 %. Die Eigenmittel beliefen sich auf 889,8 Mio. EUR. Die daraus abgeleitete Gesamtkennziffer als Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva betrug 11,2 % und erfüllt damit die von der Bankenaufsicht vorgegebene institutsindividuelle Mindestkapitalanforderung von 10,0 %. Unter Berücksichtigung der Gewinnzuführung 2016 und der erfolgten Vorsorgereservenbildung ergeben sich eine Kernkapitalquote von 10,2 % und eine Gesamtkennziffer von 12,3 %. Insgesamt bildet die Eigenkapitalausstattung somit eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Finanzlage

Die bereits in den Vorjahren komfortable Liquiditätslage konnte die Sparkasse Bremen auch im Geschäftsjahr 2016 bewusst aufrechterhalten.

Im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung sowie zur Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen überwacht und steuert die Sparkasse Bremen die Einhaltung der Liquidity Coverage Ratio (LCR), die als kurzfristige Liquiditätskennzahl mit einem Horizont von 30 Tagen unter Stressbedingungen hochliquide Aktiva in das Verhältnis zu Liquiditätsabflüssen abzüglich Liquiditätszuflüssen setzt und deren Wert im Berichtsjahr im Jahresdurchschnitt jederzeit komfortabel über dem aufsichtsrechtlichen Schwellenwert lag.

Parallel überwacht und steuert die Sparkasse Bremen im Rahmen des Übergangszeitraums bis zur vollständigen Erfüllung der LCR-Quote von 100 % im Jahr 2018 die Liquiditätskennziffer gemäß der nationalen Liquiditätsverordnung. Im Jahresverlauf 2016 lag diese Liquiditätskennzahl mit einem Durchschnittswert

von 1,98 und einem Korridor von 1,87 bis 2,19 jederzeit deutlich oberhalb der geforderten gesetzlichen Mindestnorm von 1,0.

Durch das laufende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank hat die Sparkasse Bremen die Mindestreservevorschriften im Berichtsjahr durchgängig erfüllt.

Die Summe aus Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute sowie Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren betrug zum Bilanzstichtag 1,9 Mrd. EUR.

Die Sparkasse Bremen bedient sich zur Refinanzierung und zur Steuerung der Liquidität – neben dem Geschäft mit Spareinlagen – primär der Instrumente des Geldmarktes sowie der Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen sowie Pfandbriefen.

Mit dieser komfortablen Liquiditätslage sowie den umfassenden Maßnahmen zum Management und zur Steuerung der Liquidität stellt die Sparkasse Bremen auch künftig die Zahlungsbereitschaft und die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen sicher.

Ertragslage

Die Ertragslage der Sparkasse Bremen war auch im Jahr 2016 wesentlich durch die Herausforderungen der anhaltenden Niedrigzinsphase und den in diesem Zusammenhang umgesetzten Maßnahmen geprägt. Positiv wirkten die rückläufige Entwicklung des im Vorjahr durch Einmalbelastungen geprägten Personalaufwands sowie das deutlich verbesserte sonstige betriebliche Ergebnis. Zusätzlich beeinflusste die strategische Neuausrichtung des Zinsbuches mit einmaligen Ergebnisbeiträgen in Höhe

von 89,8 Mio. EUR das Jahresergebnis. Die erfreuliche Ergebnissituation wurde für die vollständige Zuführung des noch ausstehenden Neubewertungsbetrages der Pensionsrückstellungen aus dem Umstellungseffekt im Zusammenhang mit der Umsetzung der Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes in Höhe von 45,4 Mio. EUR genutzt. Darüber hinaus wurden 50,0 Mio. EUR dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach 340g HGB zugeführt.

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER GUV-POSITIONEN:

	in Mio. €		Veränderung	
	2016	2015	absolut	in %
Zinsüberschuss ¹	327,8	236,8	91,0	38,4 %
Provisionsüberschuss	57,3	57,5	-0,2	-0,3 %
Verwaltungsaufwand	175,9	216,7	-40,8	-18,8 %
Personalaufwand	93,8	130,3	-36,5	-28,0 %
Sachaufwand ²	82,1	86,4	-4,3	-5,0 %
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	-2,1	2,1	-100,0 %
sonstige ordentliche Erträge und Aufwendungen	-4,7	-22,7	18,0	-79,3 %
Ergebnis vor Bewertung	204,5	52,8	151,7	>100,0 %
Bewertungsergebnis ³	-78,3	0,8	-79,1	>-100,0 %
Verlustübernahme Beteiligungen	10,3	8,2	2,1	25,6 %
Ergebnis nach Bewertung	115,9	45,4	70,5	>100,0 %
Außerordentliches Ergebnis	-45,4	-5,1	-40,3	>100,0 %
Gewinnabhängige Steuern ⁴	-37,7	-14,1	-23,6	>100,0 %
sonstige Steuern	-0,4	-0,5	0,1	-20,0 %
Jahresergebnis	32,4	25,7	6,7	26,1 %
Dividende	9,7	1,9	7,8	>100,0 %
Rücklagenzuführung	22,7	23,8	-1,1	-4,6 %

¹ einschließlich GuV-Positionen 3 und 4

² einschließlich Abschreibungen

³ einschließlich Veränderungen der Vorsorgereserve

⁴ einschließlich latente Steuern

Trotz anhaltend niedriger Marktzinsen und der damit verbundenen geringen Handlungsspielräume in der Konditionsgestaltung konnte die Sparkasse Bremen im Berichtsjahr im operativen Geschäft eine stabile Entwicklung des Zinsergebnisses verzeichnen. Darüber hinaus führten hohe einmalige Ergebnisbeiträge – im Wesentlichen aus der Auflösung von Zinsswaps zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken – insgesamt zu einem im Vorjahresvergleich um 91,0 Mio. EUR auf 327,8 Mio. EUR gestiegenen Zinsüberschuss. Bedingt dadurch erhöhten sich sowohl die in den Zinsüberschuss einfließenden Erträge um 101,5 Mio. EUR auf 454,2 Mio. EUR, als auch der Zinsaufwand um 10,5 Mio. EUR auf 126,5 Mio. EUR. Bereinigt um die Einmaleffekte, liegt das Zinsergebnis damit annähernd auf dem Niveau des für das Jahr 2016 prognostizierten Wertes.

Entsprechend den Vorgaben des IDW RS BFA 3 hat die Sparkasse Bremen die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuches durchgeführt und mit einem positiven Ergebnis die Werthaltigkeit ihres Bankbuches festgestellt.

Im Provisionsgeschäft konnte die Sparkasse Bremen positive Entwicklungen insbesondere im Giroverkehr im Zusammenhang mit erfolgreich eingeführten Kontomodellen sowie im Sonstigen Provisionsüberschuss verzeichnen. Rückläufig entwickelten sich dagegen insbesondere die Provisionen im Versicherungsgeschäft sowie im Darlehensgeschäft, im Wesentlichen als Folge verringerter Wachstumsraten im Bereich der Finanzierung erneuerbarer Energien. Aufgrund des erstmals im Provisionsaufwand (Vorjahr Sachaufwand) ausgewiesenen Vermittlungsaufwands des Aktivgeschäfts erzielte die Sparkasse Bremen mit 57,3 Mio. EUR insgesamt ein annähernd auf dem Niveau des Vorjahres, jedoch leicht unter den Erwartungen liegendes Provisionsergebnis.

Der im Vorjahr durch Einmalbelastungen infolge umfangreicher geschlossener Vorruhestandsvereinbarungen geprägte Personalaufwand reduzierte sich im Vorjahresvergleich um 36,5 Mio. EUR und damit auch über den bereinigten Einmaleffekt hinaus. Aufgrund erster entlastender Effekte im Zusammenhang mit der

Beendigung der betrieblichen Altersversorgung sowie weiterer Einmalentlastungen aufgrund der niedriger als erwartet erfolgten Tarifabschlüsse liegt er mit insgesamt 93,8 Mio. EUR auch deutlich unterhalb des prognostizierten Wertes.

Den Sachaufwand konnte die Sparkasse Bremen im Vorjahresvergleich erneut reduzieren. Mit 82,1 Mio. EUR liegt er damit auch unter dem prognostizierten Wert. Ursächlich hierfür sind insbesondere die stetigen und nachhaltigen Aktivitäten zur Prozess- und Kostenoptimierung.

Das um 18,0 Mio. EUR deutlich verbesserte sonstige ordentliche Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus erhöhten Erträgen aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen infolge der Anpassung zugrundeliegender Bewertungsparameter.

Die Cost Income Ratio, die als Kennziffer aus den Ertragsgrößen und dem Verwaltungsaufwand – jeweils bereinigt um einmalige Ergebniseffekte – ermittelt wird, liegt für das abgelaufene Geschäftsjahr bei 65,8 %. Damit verbessert sie sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 Prozentpunkte und entwickelt sich insgesamt besser als erwartet.

Das Bewertungsergebnis ist im Berichtsjahr zu großen Teilen geprägt durch die Zuführung in Höhe von 50,0 Mio. EUR in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Im Kreditgeschäft hatte die Sparkasse Bremen auch für 2016 auf Basis konservativer Annahmen einen im Vergleich zum Vorjahr deutlich

erhöhten Risikovorsorgebedarf prognostiziert. Die Kreditrisikovorsorge entwickelte sich vor diesem Hintergrund im Berichtsjahr grundsätzlich entsprechend der Planung. Risikovorsorgebedarf bestand insbesondere aufgrund der Marktentwicklungen im relativ kleinen Schiffsportfolio der Sparkasse Bremen, während sich im übrigen Kreditgeschäft der Risikovorsorgebestand aufgrund der guten konjunkturellen Rahmenbedingungen nur im geringen Umfang erhöhte. Das Bewertungsergebnis Wertpapiere verbesserte sich im Vorjahresvergleich insbesondere aufgrund eines geringeren Abschreibungsbedarfs sowie realisierter Kursgewinne und entwickelte sich damit deutlich besser als erwartet.

Das ausgewiesene außerordentliche Ergebnis ist Resultat der Umstellungseffekte im Zusammenhang mit der Umsetzung der Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes und enthält die vollständige Zuführung des noch ausstehenden Neubewertungsbetrages der Pensionsrückstellungen.

Der Jahresüberschuss erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Mio. EUR auf 32,4 Mio. EUR und liegt damit auch über dem für das Geschäftsjahr 2016 prognostizierten Wert. Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern erhöht sich vor diesem Hintergrund auf 10,4 % (Vorjahr: 6,3 %). Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG als Quotient aus Jahresergebnis und Bilanzsumme beträgt 0,28 %.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Entwicklung

Die anhaltende Niedrigzinsphase, ein weiterhin hoher Wettbewerbsdruck und permanent steigende gesetzliche und aufsichtliche Anforderungen stellen die Kreditinstitute seit Jahren vor erhebliche Herausforderungen. Vor dem Hintergrund dieser nachhaltig schwierigen Rahmenbedingungen verzeichnete die

Sparkasse Bremen in der Gesamtbetrachtung des vergangenen Geschäftsjahres eine erfolgreiche und über den Erwartungen liegende wirtschaftliche Entwicklung. Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Sparkasse Bremen über eine zufriedenstellende Ertragskraft.

Risikobericht

Unternehmensstrategie und Geschäftstätigkeit der Sparkasse Bremen sind unabdingbar mit dem bewussten Eingehen von Risiken verbunden. Eine nachhaltig erfolgreiche Umsetzung der Unternehmensstrategie setzt daher ein erfolgreiches Risikomanagement voraus. Die bewusste Übernahme von Risiken und deren Beherrschung wirkt sich somit unmittelbar auf den Erfolg aus und ist eine Voraussetzung zur Erzielung einer angemessenen Rendite.

Risiken ergeben sich aus unerwarteten nachteiligen bzw. negativen Entwicklungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Die Risikoübernahme und -steuerung dient somit der langfristigen Sicherung des Unternehmens und erfolgt daher grundsätzlich unter Beachtung folgender Aspekte: Es muss auf der einen Seite für die Übernahme der Risiken ausreichendes Risikodeckungskapital vorhanden und auf der anderen Seite ein angemessener Ertrag zu erwarten sein. Darüber hinaus ist die Erfül-

lung der bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen sicherzustellen.

Das Risikomanagementsystem der Sparkasse Bremen regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken. Es erfüllt die organisatorischen Anforderungen des § 25a KWG und ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch die ausgelagerten Bereiche einbezogen sind. Das implementierte Risikomanagementsystem erfüllt darüber hinaus die Vorschrift des § 91 Abs. 2 AktG, wonach der Vorstand geeignete Maßnahmen zu treffen und insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten hat, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Sparkasse Bremen gefährden, früh erkannt werden. Das Überwachungssystem im Sinne des § 91 Abs. 2 AktG ist auf die Früherkennung bestandsgefährdender Entwicklungen und damit auf einen wichtigen Teilaspekt des Risikomanagements ausgerichtet.

Risikomanagement

Ziel des Risikomanagements

Die grundsätzliche Zielsetzung des Risikomanagements ist die laufende Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das Risikomanagement der Sparkasse Bremen ist integraler Bestandteil der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung. Die aus dem Geschäftsmodell der Sparkasse Bremen resultierenden Aktivitäten erfordern die Fähigkeit zur Identifizierung, Messung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung sowie die Kommunikation der Risiken. Dabei ist die adäquate Unterlegung der Risiken mit Eigenkapital notwendige Bedingung für die Geschäftstätigkeit der Bank. Der Gesamtbanksteuerungs- und Risikomanagementansatz der Sparkasse Bremen orientiert sich daher an den Erfordernissen des Geschäftsmodells.

Um diese Grundsätze sicherzustellen, hat der Gesamtvorstand für die Übernahme und den Umgang mit Risiken eine Risikostrategie für die wesentlichen Risiken festgelegt. Sie wird einmal jährlich überprüft und mit dem Aufsichtsrat erörtert. Die Risikostrategie ist Bestandteil der Unternehmensstrategie und umfasst die wesentlichen risikotragenden Geschäftsaktivitäten, die Ziele der Risikosteuerung einschließlich der Vorgaben zur Akzeptanz und Vermeidung von Risiken sowie die Maßnahmen zur Zielerreichung. Zu Einzelheiten im Zusammenhang mit den im Rahmen der Maßnahmen zur Zielerreichung eingegangenen Sicherungsbeziehungen verweisen wir auf die entsprechenden Darstellungen im Anhang.

Durch standardisierte Anpassungsprozesse wird sichergestellt, dass vor der Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten sowie bei wesentlichen Veränderungen der Aufbau- und Ablauforganisation oder der IT-Systeme die organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen sowie die Auswirkungen der Aktivitäten auf das Risikoprofil analysiert und bewertet werden. Für den Fall einer beabsichtigten Übernahme eines anderen Unternehmens oder einer Fusion bestehen vergleichbare prozessuale Vorgaben, die eine umfassende Prüfung der Auswirkungen gewährleisten.

Zuständigkeiten

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die laufende Überwachung aller Risiken. Unterstützt wird er dabei durch den

Ausschuss Gesamtbanksteuerung, der die Risiken steuert und Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben zur Strategie, zur Risikodeckungsmasse und zu den Risikolimits auf Basis der Ergebnisse aus dem Ausschuss Treasury und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung vorbereitet.

In Übereinstimmung mit den Anforderungen des KWG hat der Aufsichtsrat der Sparkasse Bremen einen Kredit- und Risikoausschuss, einen Personalausschuss sowie einen Prüfungsausschuss bestimmt. Dem Personalausschuss obliegen die Aufgaben eines Nominierungs- und Vergütungskontrollausschusses, dem Prüfungsausschuss unter anderem die Aufgaben und Befugnisse eines Überwachungsausschusses im Sinne des KWG.

Die Sparkasse Bremen hat eine Risikocontrolling-Funktion eingerichtet, die aufbauorganisatorisch von den Bereichen getrennt ist, die für die Initiierung bzw. den Abschluss von Geschäften zuständig sind. Die Risikocontrolling-Funktion hat dabei insbesondere die Aufgabe, die Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung des Systems zur Begrenzung der Risiken bzw. der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse zu unterstützen. Sie stellt die laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts, der Risikotragfähigkeit und der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits einschließlich der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand sicher und verantwortet die Prozesse zur unverzüglichen internen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen.

Die Risikomanagementprozesse werden in der Sparkasse Bremen durch das Controlling bzw. die Einheit Kreditmanagement verantwortet, die beide dem Überwachungsvorstand unterstehen. Ihnen obliegt die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen, die Risikoüberwachung sowie das Berichtswesen.

Risikoreporting

Kernelemente der Risikoberichterstattung sind der vierteljährliche Kreditrisikobericht sowie der Risikobericht. Abhängig von der Dynamik einzelner Risikoarten und zugeschnitten auf die unterschiedlichen Adressaten, wird im Risikobericht täglich sowie in seiner vierteljährlichen Gesamtfassung über die Entwicklung aller wesentlichen Risiken an den Gesamtvorstand bzw. die zuständi-

gen Ausschüsse berichtet. Darüber hinaus erfolgt monatlich in einer Kurzfassung die Berichterstattung über die Entwicklung des Marktpreis- und Liquiditätsrisikos. In der Risikoberichterstattung werden steuerungsrelevante Aussagen zur Entwicklung der zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenziale und deren Auslastung durch Risiken, zur Entwicklung des Kreditportfolios sowie zum Umfang und zur Entwicklung der Risikovorsorge zusammengefasst. Dies ermöglicht eine frühzeitige Risikoerkennung und -steuerung und unterstützt die Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen in den Unternehmensbereichen.

Im Rahmen der Berichterstattung informiert die Sparkasse Bremen auf Grundlage von Schwellenwertbetrachtungen frühzeitig über unerwartete Entwicklungen. Die Basis hierfür bildet ein gemäß MaRisk für alle wesentlichen Risikoarten sowie risikoartenübergreifend eingerichtetes Frühwarnsystem.

Risikocontrolling

Das Konzept zur regelmäßigen Überwachung von Risikodeckungspotenzial und Risikoengagement gewährleistet auf Basis eines ökonomischen Steuerungskreises (Gone-Concern-Sicht) sowie eines GuV-orientierten Steuerungskreises (Going-Concern-Sicht), dass die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gegeben ist. Hierbei werden betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Risikotragfähigkeit als strenge Nebenbedingungen berücksichtigt. Die Limitierung der Risiken ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. Das Gesamtrisiko stellt die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste dar, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % nicht überschritten werden. Bei der Aggregation der unterschiedlichen Risikoarten werden risikomindernde Diversifikationseffekte nicht berücksichtigt.

Die regelmäßige Risikomessung wird um die laufende und anlassbezogene Analyse einzelner Stresstests, inverser Stresstests, Szenarien und Konzentrationsrisiken ergänzt, die eine bessere Einschätzung der denkbaren Auswirkungen von seltenen, aber potenziell schwerwiegenden Ereignissen für die Sparkasse Bremen ermöglichen. Mithilfe dieser Stresstests kann damit auf Gesamtbank- und Teilportfolioebene bereits frühzeitig die Notwendigkeit zur Ableitung von Steuerungsmaßnahmen identifiziert werden.

Eine Bestandsaufnahme aktuell bestehender Risiken sowie potenzieller Risiken aus künftigen Entwicklungen, die bestandsgefährdend sein könnten, erfolgt im Rahmen einer jährlichen Risikoinventur und wird durch regelmäßige Analysen von Stresstests begleitet. Im Rahmen einer Wesentlichkeitsanalyse werden auch die Risiken der Unternehmen im aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis der Sparkasse-Bremen-Gruppe untersucht und die als wesentlich identifizierten Risiken in die Messung der Risikotragfähigkeit auf Gruppenebene einbezogen. Aktuell entfallen rund 93 % des Gesamtrisikos auf Gruppenebene auf die Sparkasse Bremen. Die folgenden Darstellungen beziehen sich daher auf die Sparkasse Bremen.

Derzeit werden im Risikomanagement fünf Arten von wesentlichen Risiken aus der bankbetrieblichen und unternehmerischen Tätigkeit identifiziert. Diese umfassen das Adressenausfallrisiko (enthält auch das Beteiligungs- und das Länderrisiko), das Marktpreisrisiko (enthält auch das Zinsänderungsrisiko, die Risiken impliziter Optionen im Kundengeschäft und das Credit-Spread-Risiko), das Liquiditätsrisiko, das operationelle Risiko sowie das Eigenkapitalrisiko.

Für Modellrisiken, die nach MaRisk keine explizite Risikoart sind, besteht die Anforderung, sich regelmäßig kritisch mit den Risikoquantifizierungsverfahren auseinanderzusetzen. Die angewandten Risikoquantifizierungsverfahren werden daher jährlich im Rahmen des Validierungsprozesses der Methoden und Verfahren analysiert. Dabei werden Möglichkeiten und Grenzen der eingesetzten Risikomodelle analysiert sowie die Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren überprüft und bewertet.

Neben der turnusmäßigen Überprüfung der Limits wurden ergänzende Analysen ausgewählter Portfolios und Positionen durch anlassbezogene Stresstests durchgeführt. Bei identifizierten Handlungsnotwendigkeiten wurden darauf aufbauend entsprechende Handlungsstrategien festgelegt.

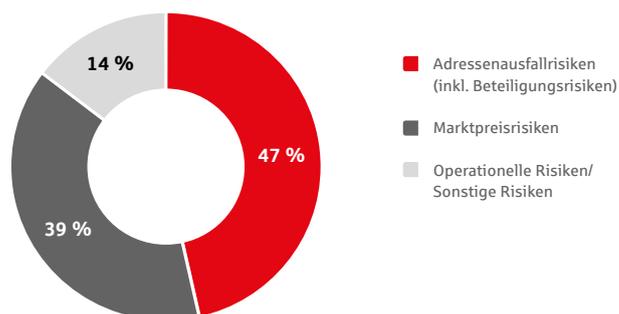
Darüber hinaus werden auch die Identifizierung und Steuerung von Risikokonzentrationen in den Risikomanagementprozess und das Risikoreporting einbezogen.

Die Risikotragfähigkeit war im Jahr 2016 in beiden Steuerungskreisen zu jeder Zeit gegeben, was auch die Ergebnisse zu einzelnen Stresstests auf Gesamtbankebene einschließt. Auch die regulatorischen Anforderungen an die Risikotragfähigkeit wurden zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Das zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial ist zum Jahresende 2016 gegenüber dem Vorjahreswert leicht gesunken. Die Ursache liegt hierbei in einer methodischen Anpassung in der Berechnung, die zu einem konservativeren Wertansatz der Kundeneinlagen und der Pensionsverpflichtungen geführt hat.

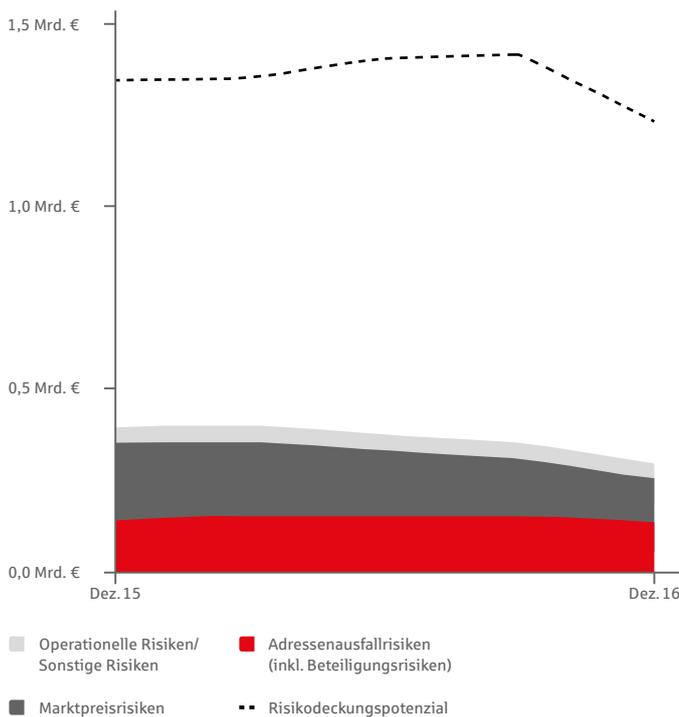
Die Summe aller barwertigen Risiken ging im Jahresverlauf spürbar zurück und lag im Gesamtjahr durchgängig deutlich unterhalb des zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva, der Risiken aus Marktrisikopositionen und des Anrechnungsbetrags für operationelle Risiken sowie der zum 31.12.2016 zusätzlich zu erfüllenden Vorgaben der deutschen Bankenaufsicht zur Unterlegung weiterer Risiken mit anrechenbaren Eigenmitteln überschritt per 31. Dezember 2016 mit einer Gesamtkennziffer von 11,2 % die von der Bankenaufsicht vorgegebene institutsindividuelle Mindestkapitalanforderung von 10,0 %.

AUFTEILUNG DER RISIKEN IN DER SPARKASSE BREMEN ZUM 31.12.2016



BARWERTIGE RISIKEN ZUM 31.12.2016



Anforderungen gemäß § 27 PfandBG

Das Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft ist in das Gesamtkonzept integriert und erfüllt die sich aus § 27 PfandBG ergebenden Anforderungen. Das sich aus dem Deckungsstock ergebene Marktrisiko wird mittels der Anwendung TXS ermittelt. Auf Basis der barwertwertigen Deckungsrechnung werden zur Quantifizierung des Marktrisikos standardisierte Zinsschocks gemäß PfandBarwertV auf den Barwert des Deckungsstocks ermittelt. Die Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken werden in das Risikolimitsystem auf Gesamtbankenbene einbezogen. Die Steuerung operativer Risiken im Prozess des Deckungsmassenmanagements ist Bestandteil des Risikomanagementsystems für operationelle Risiken.

Zur Sicherung der Liquidität für die nächsten 180 Tage gemäß § 4 Abs. 1 a PfandBG erfolgt ein täglicher Abgleich der fällig werdenden Forderungen, die in den Deckungsstock eingetragen sind und den fällig werdenden Verbindlichkeiten aus ausstehenden Pfandbriefen.

Die Entwicklung des Deckungsstocks wird vierteljährlich an den Vorstand und den Ausschuss Treasury berichtet. Darüber hinaus ist im Rahmen der täglichen Überwachung ein Ad-hoc-Meldevorgang für den Fall negativer Entwicklungen implementiert.

Die internen Vorschriften hinsichtlich der Aufnahme neuer Produkte berücksichtigen neben den Anforderungen aus den MaRisk auch die Anforderungen, die sich aus § 27 PfandBG ergeben.

Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit gemäß § 19 Abs. 1 KWG aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und die damit verbundene Gefahr, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird. Die Definition umfasst darüber hinaus das Risiko einer Wertminderung von Handelsgeschäften und Finanzinstrumenten durch den Ausfall oder die Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder Kontrahenten.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos von Kredit- und Handelsgeschäften sowie sonstigen Finanzinstrumenten in der gesamten Sparkasse Bremen ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte Value-at-Risk-Verfahren (VaR) auf Basis von Credit-PortfolioView (CPV) ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankenbene bei einem gegebenen Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Betrachtungshorizont von 12 Monaten eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Das so ermittelte ökonomische Kreditrisiko zeigt gegenüber dem Vorjahr keine signifikanten Veränderungen.

Die bisher für das Adressenausfallrisiko durchgeführten Analysen zur Beurteilung des Konzentrationsrisikos zeigen keine Auffälligkeiten. Gestützt wird die Erkenntnis durch die quartalsweisen Entwicklungen im Value at Risk auf Verbundebene, der mit dem innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Portfoliomodell ermittelt wird und Klumpenrisiken berücksichtigt.

Die Übernahme von und der Umgang mit Adressenausfallrisiken ist in der Kreditrisikostategie mit ihren strategischen und geschäftspolitischen Zielsetzungen und Limitierungen geregelt. Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft sind in Organisationsrichtlinien festgelegt und wurden in Form elektronischer arbeitsregelnder Unterlagen den Geschäftsbereichen zur Verfügung gestellt.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse Bremen wird das Kreditgeschäft unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement sowie im Ausschuss Kreditrisikosteuerung gesteuert und überwacht.

Die Informationen zu den wesentlichen strukturellen Merkmalen des Kreditportfolios werden im vierteljährlichen Kreditrisikobericht dargestellt. Primäre Adressaten des Berichtes sind neben der Geschäftsleitung und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung der Kredit- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse Bremen für Firmen- und Privatkunden sowie für Handelspartner unterschiedliche Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden Verfahren der Sparkassen-Finanzgruppe eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Ferner werden im Handelsgeschäft zusätzlich externe Ratings verwendet. Damit stehen für das Privat- und Firmenkundengeschäft sowie für das Handelsgeschäft geeignete Instrumente zur Risikoklassifizierung zur Verfügung. Dabei wird mit einer Ratingquote von ca. 98,7 % bei

den Firmenkunden bzw. ca. 99,7 % bei den Privatkunden nahezu das gesamte Kundenkreditvolumen durch das Risikobewertungssystem erfasst. Dabei lagen ca. 80,9 % der Ratings im Privat- und Firmenkundengeschäft im Bereich des Investment Grades (Ratingnoten von 1 bis 5).

Das Kundenkreditportfolio der Sparkasse Bremen wird im Schwerpunkt durch das Firmenkundengeschäft geprägt. So beträgt der Anteil über 70 % des Gesamtkundenportfolios von ca. 11,8 Mrd. EUR. Die Branchenstruktur im Firmenkundengeschäft wird durch das Dienstleistungsgewerbe (u. a. Grundstücks- und Wohnungswesen) geprägt.

Die Entscheidungsbefugnisse bei einer Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft geregelt. So werden Kreditentscheidungen risikoabhängig stets auf adäquater Kompetenzebene sowie auf Grundlage von detaillierten Risikobewertungen des Marktes getroffen. Bei bestimmten Kriterien ist die zusätzliche Risikobewertung durch ein vom Markt unabhängiges Votum erforderlich. Nach der Satzung bzw. Geschäftsordnung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Kredit- und Risikoausschusses des Aufsichtsrats.

Zur rechtzeitigen Identifizierung von Risiken aus dem Kredit- und Handelsgeschäft nutzt die Sparkasse Bremen Frühwarnsysteme, die unter Berücksichtigung von Marktentwicklungen weiterentwickelt werden.

Für die Begleitung der durch das Risikofrüherkennungssystem identifizierten Kreditengagements (Intensivbetreuung) bzw. sanierungsbedürftigen Kreditengagements (Sanierung) sowie für Problemkreditfälle (Abwicklung) werden Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter mit besonderem Know-how in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement eingesetzt.

Für erkennbare akute und latente Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge durch Einzelwertberichtigungen, Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen gebildet. Bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigung werden die werthaltigen Sicherheiten der Inanspruchnahme gegenübergestellt. Der nicht durch Sicherheiten gedeckte Teil der Inanspruchnahme wird wertberichtigt. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Verantwortung hierfür liegt in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement.

Die Beteiligungsrisiken werden als besondere Ausprägung der Adressenausfallrisiken über einen eigenen Ansatz behandelt und mit Hilfe eines eigenständigen, turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichtswesens überwacht und gesteuert.

Die Sparkasse Bremen hat gemäß § 312 AktG einen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: „Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2016 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.“

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen und Aktienkursen. Das Fremdwährungsrisiko im Sinne eines Kurswährungsrisikos wird dabei ebenso wie die Credit-Spread-Risiken als wesentliche Risikokomponente der Marktpreisrisiken quantifiziert und in den Risikomanagementprozess integriert. Das Optionsrisiko ist dem jeweiligen Underlying entsprechend einem dieser Risiken zugeordnet.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse Bremen wurden durch den Vorstand Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird arbeitstäglich vom Risikocontrolling überwacht. Die zukünftigen potenziellen Verlustrisiken werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value-at-Risk-Verfahren (VaR) gemessen wird. Dabei setzt die Sparkasse Bremen den Varianz-Kovarianz-Ansatz um, der durch RiskMetrics (JP Morgan) entwickelt wurde. Dieses Verfahren ermöglicht es, für komplexe Portfolios eine Vergleichsgröße zu gewinnen, da es die zwischen Marktparametern bestehenden Abhängigkeiten berücksichtigt. Die technische Umsetzung erfolgt durch die Softwareanwendung SimCorp Dimension der Firma SimCorp GmbH.

Der VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 250 Handelstage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Jahr 2016 unterhalb des vorgegebenen Risikolimits und ist im Jahresvergleich deutlich gesunken. Die Risikoreduktion ist insbesondere das Ergebnis der Neuausrichtung unserer Eigenanlagen, die mit einem nahezu vollständigen Abbau des Investmentfondsportfolios und einer Fokussierung der Direktanlagen auf die Sicherstellung ausreichender Liquiditätsreserven nach Maßgabe der aufsichtsrechtlichen Vorgaben einhergeht.

Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand und weitere wesentliche Portfolios täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse des Backtestings lassen auch im Rückblick auf das Jahr 2016 den Schluss zu, dass das verwendete Modell angemessen ist.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mithilfe von Stresstests extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

Das Zinsänderungsrisiko als Unterart des Marktpreisrisikos beschreibt die Gefahr einer von Marktzensänderungen herbeigeführten negativen Abweichung von einer erwarteten Zinsergebnisgröße und wird aufgrund seiner Bedeutung für die Sparkasse Bremen gesondert gesteuert und überwacht. Dies erfolgt institutionalisiert durch den Ausschuss Treasury. Vorbereitend unterstützen hierbei das Treasury und das Risikocontrolling. Dabei legt der Anlageausschuss die hausinterne Zinsprognose fest. Im Ausschuss Treasury werden sowohl hausindividuelle Refinanzierungsaufschläge als auch Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limits festgelegt. Im Jahr 2016 hat sich die Sparkasse Bremen für eine konservativere Ausrichtung der Zinsbuchstrategie mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des Zinsänderungsrisikos entschieden. Bei der Ausgestaltung der Strategie wurden insbesondere aufsichtsrechtliche Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene, deren Umsetzung in deutsches und europäisches Recht in den kommenden Jahren zu erwarten ist, bereits antizipiert. Erste Maßnahmen zur Umsetzung der Zinsbuchstrategie wurden noch im Jahr 2016 initiiert.

Als weitere Unterart des Marktpreisrisikos werden die Risiken aus impliziten Optionen im Kundengeschäft betrachtet. Diese treten bei Festzins-Vereinbarungen auf, bei denen der Kunde das Recht hat, bestimmte Volumina zu vorgegebenen Zeitpunkten oder Intervallen zu kündigen. Das daraus resultierende Risiko ist in das strategische Zinsbuch integriert. Dort erfolgt die Risikoermittlung und -steuerung.

Bei der Zinsbuchausrichtung verfolgt die Sparkasse Bremen eine aktive Steuerung. Dabei wird das Zinsbuch durch den Ausschuss Treasury entsprechend der aktuellen Zinsmeinung und innerhalb aufsichtsrechtlicher Vorgaben sowie intern gesetzter Limits gesteuert.

Liquiditätsrisiko

Unter dem Liquiditätsrisiko versteht die Sparkasse Bremen zum einen die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht vollumfänglich erfüllt werden können. Zum anderen ist auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko gemeint. Dieses bezeichnet die Gefahr, dass aus der Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve aus der Liquiditätsfristentransformation innerhalb eines bestimmten Zeitraumes ein Verlust entsteht.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung und der Liquidity Coverage Ratio (LCR) überwacht und gesteuert.

Zur Verbesserung der Transparenz über die aktuelle Liquiditätssituation der Sparkasse Bremen wird darüber hinaus monatlich eine dispositive Liquiditätsübersicht (Liquidity Ladder) erstellt. Quartalsweise analysiert die Sparkasse Bremen darüber hinaus die Diversifikation der Refinanzierungsstruktur.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mitbehandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden.

Ergänzend dazu wird mit der monatlichen Liquiditätsübersicht in Form einer Liquiditätsablaufbilanz eine Analyse bereitgestellt, in der die erwarteten voraussichtlichen Mittelzuflüsse den erwarteten voraussichtlichen Mittelabflüssen gegenübergestellt werden, um mögliche Liquiditätsbedarfe zu identifizieren. Hierbei wird außerdem das Risiko durch potenzielle Zusatzkosten einer

Das Zinsänderungsrisiko wird in der Zinsbuchsteuerung nach dem VaR-Konzept auf Basis der modernen historischen Simulation mit einer Haltedauer von 63 Handelstagen gemessen. Zusätzlich wird eine Messung der Barwertveränderungen unter einer simulierten Ad-hoc-Verschiebung der Zinsstrukturkurve um +/- 200 Basispunkte nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (Baseler Zinsschockszenario gemäß BaFin-Rundscheiben 11/2011) durchgeführt. Zum Jahresende lag die Auslastung bei 18,6 % und damit unterhalb der aufsichtsrechtlichen Schwelle von 20 %, wobei das Zinsschockszenario -200 BP das relevante Risikoszenario darstellte.

Refinanzierung dieses zukünftigen Liquiditätsbedarfs bei einer Ausweitung der Credit-Spreads der Sparkasse Bremen auf einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Betrachtungshorizont von einem Jahr simuliert. Wie schon im Vorjahr bestand nahezu im gesamten Jahr 2016 kein Risiko zusätzlicher Refinanzierungskosten.

Des Weiteren erfüllt die bestehende Notfallplanung neben einer effizienten Steuerung des Liquiditätsrisikos in schwierigen Marktsituationen auch die ergänzenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen bereits vollständig.

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein Frühwarnsystem für die tägliche Überwachung des Liquiditätsrisikos. Zudem findet das Liquiditätsrisiko im Rahmen der regelmäßig durchzuführenden Stresstests Berücksichtigung. Zur Analyse des strukturellen Liquiditätsrisikos wurde im Geschäftsjahr 2015 die Palette der Stresstests um einen Stresstest „Pricing“ erweitert.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag 2016 regelmäßig über der erforderlichen Mindestnorm und spiegelt die stabile Liquiditätssituation der Sparkasse Bremen wider. Zum Jahresende 2016 lag diese bei 2,04 (Vorjahr 2,06). Auch die LCR-Kennziffer lag im Jahr 2016 jederzeit über dem aufsichtsrechtlichen Schwellenwert in Höhe von 70 % und zum Jahresende 2016 bei 163 %.

Gemäß der Refinanzierungsstrategie verfolgt die Sparkasse Bremen das Ziel einer dauerhaft stabilen Refinanzierungsstruktur mit größtmöglicher Unabhängigkeit vom Interbankenmarkt, insbesondere für unbesicherte Refinanzierungen. Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos bedient sich die Sparkasse Bremen neben den Kundeneinlagen der Instrumente des Geldmarktes, der Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen sowie Pfandbriefen.

Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken bezeichnet die Sparkasse Bremen die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine

Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur. Darüber hinaus verwendet die Sparkasse Bremen zur rechtzeitigen Identifikation operationeller Risiken ein indikatorbasiertes Frühwarnsystem. Zur Steuerung der vorhandenen Dienstleistungsbeziehungen bzw. der ausgelagerten bankfachlichen und IT-Funktionen existiert darüber hinaus eine zentrale Dienstleistersteuerung innerhalb der Einheit Organisation. Diese führt für alle unter den Regelungsumfang des § 25b KWG fallenden Auslagerungen eine regelmäßige Leistungsüberwachung im

Rahmen einer vierteljährlichen Auslagerungsbeurteilung durch. Darüber hinaus werden diese Dienstleister in die OpRisk-Risikoinventur und in das Frühwarnsystem integriert.

Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt in der Risikoinventur anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien und qualitativer Fragen.

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen 2016, wie auch schon in den Vorjahren, signifikant unterhalb des zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit nach dem Basisindikatoransatz berechneten Betrages in Höhe von 43,6 Mio. EUR. Die Gesamtsumme der Schadenfälle ist gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich gesunken. Nach den insgesamt vorliegenden Informationen waren als Ergebnis der Risikoinventur auch 2016 keine den Bestand gefährdenden operationellen Risiken für die Sparkasse Bremen und ihre nachgeordneten Unternehmen erkennbar.

Die Bewertung und Steuerung der über alle Methoden ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden diese über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse Bremen integriert.

Eigenkapitalrisiko

Unter dem Eigenkapitalrisiko versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr, dass in absehbarer Zukunft die aus dem Geschäftsumfang und den damit verbundenen Risiken entstehenden Eigenmittelanforderungen nicht durch ausreichende Eigenmittel gedeckt werden können.

Im Rahmen der nationalen Umsetzung des europäischen „Supervisory Review and Evaluation Process“ (SREP) hat die deutsche Bankenaufsicht im Jahr 2016 die Mindestanforderungen für die Eigenmittelausstattung der Kreditinstitute durch Zuschläge, die sowohl die bis dahin nicht durch die gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen erfassten Risikoarten als auch das individuelle Risikoprofil der Kreditinstitute berücksichtigen sollen, deutlich erhöht. Für die Sparkasse ergab sich aus diesem Prozess ein Anstieg der Mindestkapitalanforderung zum 31.12.2016 von bisher 8,0 % auf nun 10,0 %.

Im Vorgriff auf diese Entwicklung und zur Sicherstellung einer mit Blick auf den Geschäftsumfang langfristig ausreichenden Eigenkapitalbasis hat die Sparkasse Bremen im Geschäftsjahr 2016 durch entsprechende Gremienbeschlüsse die Voraussetzun-

gen zur Emission von Vorzugsaktien mit einem Volumen von bis zu 250,0 Mio. EUR geschaffen und eine erste Emission mit einem Nennwert von 10,0 Mio. EUR bereits umgesetzt.

Die Steuerung des Eigenkapitalrisikos nach den Anforderungen der MaRisk erfolgt über einen Kapitalplanungsprozess, der sowohl quantitativ als auch qualitativ die zukünftige Unterlegung der Eigenmittelanforderungen ermittelt und mögliche Steuerungsnotwendigkeiten aufzeigt.

Die Messung der Eigenmittelanforderungen sowie der Eigenmittel erfolgt auf Basis standardisierter Prozesse des Meldewesens. Hierauf aufbauend werden Simulationsrechnungen durchgeführt, um den zukünftigen Eigenmittelbedarf abzuschätzen.

Die Steuerung der Eigenmittelausstattung wird durch den Ausschuss Gesamtbanksteuerung unter Berücksichtigung interner Zielgrößen und aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet. Die Steuerungsentscheidungen werden durch den Ausschuss Treasury (Eigenmittelsteuerung) sowie den Ausschuss Kreditrisikosteuerung (Eigenmittelanforderungen) umgesetzt bzw. koordiniert.

Zusammenfassende Aussage der Risikolage

Die Steuerung der Gesamtrisiken erfolgt bei der Sparkasse Bremen in einem dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte angemessenen Umfang. Im Geschäftsjahr 2016 ist insgesamt ein spürbarer Rückgang der im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeit gemessenen barwertigen Risiken zu verzeichnen. Dieser wird im Wesentlichen durch den konsequenten Abbau der Marktpreisrisiken aufgrund der Neuaustrichtung der Eigenanlagen verursacht. Darüber hinaus lassen

die regelmäßig durchgeführten Stresstests auch in besonderen Risikosituationen keine Gefährdung der Sparkasse Bremen erkennen. Risiken der künftigen Entwicklung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung haben können und für die Sparkasse Bremen bestandsgefährdend sein könnten, sind auch für die Zukunft nicht erkennbar, sodass auch zukünftig die Risikotragfähigkeit gewährleistet sein wird.

Prognose- und Chancenbericht

Im Folgenden berichtet die Sparkasse Bremen über die voraussichtliche Entwicklung für das Geschäftsjahr 2017. Der Prognosezeitraum umfasst ein Jahr. Die Prognose beruht auf aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen, die sich auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die operative Planung, die mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen stützen. Naturgemäß ist jedoch jede Aussage über zukünftige Ereignisse – insbesondere in Zeiten höchst volatiler Rahmenbedingungen – mit dem Risiko verbunden, dass die tatsächliche Entwicklung anders verläuft.

Die Sparkasse Bremen sieht sich in den nächsten Jahren in einem fortdauernden Niedrigzinsumfeld bei anhaltend moderatem Wirtschaftswachstum. Steigende Anforderungen aus der Regulierung erhöhen den Anspruch an die Profitabilität kapitalintensiver Geschäfte und erfordern eine optimale Bewirtschaftung des Eigenkapitals.

Wachstumspotenzial sieht die Sparkasse Bremen weiterhin im Kreditgeschäft. Schwerpunkte liegen dabei in der privaten und gewerblichen Wohnungsbaufinanzierung sowie im Firmenkundengeschäft. Hier kann die Sparkasse Bremen ihren Wettbewerbsvorteil aufgrund der regionalen Nähe und der hohen Branchenexpertise nutzen. Die fortgesetzte intensive Marktbearbeitung im Wohnungsbaugeschäft wird auch im Jahr 2017 zu einem weiteren spürbaren Ausbau der Bestände führen. In der Unternehmensfinanzierung werden die Schwerpunkte dagegen unter der Maßgabe einer optimalen Eigenkapitalbewirtschaftung auf eine weitere Steigerung der Profitabilität gesetzt.

Für den Passivbereich erwartet die Sparkasse Bremen trotz unverändert niedriger Zinsen eine stabile Entwicklung des Kundengeschäftsvolumens. Die anhaltend niedrigen Marktzinsen in Verbindung mit konservativeren Kalkulationsprämissen werden allerdings rechnerisch zu einem deutlichen Rückgang der Margen führen.

Ertragsseitig geht die Sparkasse Bremen nach Bereinigung des Einmaleffektes des Jahres 2016 von einem leicht rückläufigen Zinsüberschuss aus.

Beim Provisionsüberschuss erwartet die Sparkasse Bremen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2016 insgesamt einen leichten Anstieg. Geringeren Provisionserträgen aus dem Kreditgeschäft mit Firmenkunden stehen dabei positive Effekte aus der Anpassung der Girokontenmodelle, dem weiteren Ausbau des Wertpapiergeschäfts und durch die geplante Absatzsteigerung bei den Vorsorgeprodukten gegenüber.

In ihren Planungen berücksichtigt die Sparkasse Bremen die aufsichtsrechtlichen Vorgaben nach Basel III inklusive der zusätzlichen Anforderungen aus der nationalen Umsetzung der europaweit einheitlichen Standards des aufsichtsrechtlichen Prüfungs- und Bewertungsprozesses („Supervisory Review and Evaluation Process“ – SREP). So stellen die geplanten Zuführungen zu den Eigenmitteln trotz erneut steigender aufsichtsrechtlicher Mindestkapitalanforderungen weiterhin eine ausreichende Kapitalausstattung der Sparkasse Bremen sicher. Ebenso werden die geforderten Liquiditätskennziffern gemäß der Planung durchgängig deutlich über den festgelegten Mindestwerten liegen. Auch die Planung des Eigengeschäfts der Sparkasse Bremen ist primär auf die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Kennzahlen und die Bereitstellung ausreichender Liquidität ausgerichtet. Dabei wird die Sparkasse Bremen bei ihren Anlagen weiterhin auf eine ausgewogene Risikostruktur achten.

Beim Verwaltungsaufwand geht die Sparkasse Bremen von einem im Vergleich zu 2016 geringfügigen Anstieg aus. Die für

das Jahr 2017 geplante Übertragung der Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds wird dagegen zu einem nahezu vollständigen Wegfall der Belastungen aus der Verzinsung der bisher dafür notwendigen Rückstellungen und damit zu einer erheblichen Reduzierung des sonstigen betrieblichen Aufwands führen. Die Cost-Income-Ratio wird sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2016 voraussichtlich leicht erhöhen.

Aus dem Bewertungsergebnis im Wertpapierbereich sind nach Einschätzung der Sparkasse Bremen im Geschäftsjahr 2017 deutlich höhere Belastungen aufgrund planmäßig vorzunehmender Abschreibungen im Anlagebuch zu erwarten. Für das Kundenkreditgeschäft hat die Sparkasse Bremen in ihrer Planung für das Geschäftsjahr 2017 unter konservativer Betrachtung einen im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöhten Planansatz für die Kreditrisikovorsorge vorgesehen.

Beim Gesamtergebnis erwartet die Sparkasse Bremen basierend auf den vorgenannten Entwicklungen und den erwarteten makroökonomischen Rahmenbedingungen ein Jahresergebnis leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Die im Berichtsjahr insbesondere durch einmalige Ergebnisbeiträge geprägte hohe bilanzielle Eigenkapitalrentabilität bezogen auf das Betriebsergebnis vor Steuern wird sich im Geschäftsjahr 2017 spürbar verringern.

Zur Erreichung ihrer strategischen Ziele ist die Attraktivität der Sparkasse Bremen als Arbeitgeber ein wesentlicher Erfolgsfaktor. In diesem Zusammenhang strebt die Sparkasse Bremen dauerhaft die Auszeichnung „Great Place to Work“ im Rahmen des bundesweit jährlich veranstalteten Wettbewerbes durch das gleichnamige Institut an. Auch im Jahr 2017 wird dazu in der Sparkasse Bremen eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt werden.

Die Sparkasse Bremen investiert auch zukünftig in die langfristige Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang werden auch im Jahr 2017 die unter dem Begriff „Beruf, Familie & Ich“ gebündelten Sozialleistungen für das betriebliche Gesundheitsmanagement und alle Themen rund um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie laufend weiterentwickelt. Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements bilden die regelmäßigen medizinischen Vorsorgeprogramme („Medical Check“) sowie die Durchführung von Gesundheitswochen mit festen Fokusthemen wesentliche Bausteine. Zur Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kindern wird die Sparkasse Bremen über das Familienbündnis e. V. in den kommenden Jahren das Betreuungsangebot für Kinder ausbauen. Als Ergebnis dieser Maßnahmen strebt die Sparkasse Bremen regelmäßig die erfolgreiche Durchführung des Audits „berufundfamilie“ der Hertie-Stiftung an.

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung im Bankensektor stehen auch die Sparkasse Bremen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor großen Herausforderungen. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist dabei die eigene Nutzung der digitalen Angebote durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der damit verbundene Kompetenzaufbau. Die Sparkasse Bremen unterstützt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Zusammenhang durch die Einbindung in digitale Entwicklungsthemen sowie durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen, insbesondere im Rahmen der unternehmensinternen „Learn-Akademie“.

Im Rahmen ihrer mittelfristigen Unternehmensplanung geht die Sparkasse Bremen auch in Wachstumsfeldern von konservativen Planannahmen aus. Dieses bezieht sich sowohl auf die erwartete Geschäftsentwicklung als auch auf die Prognose der für die Geschäftsentwicklung relevanten Entwicklung der Marktzinsen und der sonstigen ökonomischen Rahmenbedingungen. Über die

erwarteten Entwicklungen hinaus entstehen daher mögliche zusätzliche Chancen, sofern sich insbesondere die von der Sparkasse Bremen im Rahmen des Strategieprozesses festgelegten Maßnahmen zur sukzessiven und nachhaltigen Ergebnisverbesserung besser als erwartet auswirken. Gleichzeitig können günstigere als die unterstellten Entwicklungen der Rahmenbedingungen, wie beispielsweise eine Erholung der Marktzinssituation oder ein höheres als das geplante Wirtschaftswachstum zu zusätzlichen Chancen führen. Positive Auswirkungen hätte dies insbesondere auf die Entwicklung des geplanten Zinsüberschusses und in geringerem Umfang auch auf den Provisionsüberschuss.

Zusätzliche Risiken können dagegen entstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als erwartet verläuft und damit verbundene prognostizierte Rahmenbedingungen nicht eintreffen. Im Rahmen ihrer regelmäßigen Risikoinventur unterzieht die Sparkasse Bremen ihre Planrechnungen einer Risikoanalyse mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Auswirkungen möglicher Risikoszenarien zu quantifizieren. Durch regelmäßige Szenarioanalysen stellt sie darüber hinaus eine frühzeitige Reaktion auf Risiken im Zins- und Provisionsergebnis sicher, die durch Abweichungen von den erwarteten Rahmenbedingungen entstehen. Die Sparkasse Bremen stabilisiert dadurch die Aussagekraft ihrer prognostizierten Daten.

Im Rahmen einer monatlichen Ergebnisvorschaurechnung wird schließlich die Planung des laufenden Geschäftsjahres einer Prognoserechnung gegenübergestellt, welche die zum Prognosezeitpunkt aktuellen Daten zur Geschäfts- und Umfeldentwicklung beinhaltet und die so prognostizierte Geschäftsentwicklung der Planung gegenüberstellt. Auf diese Weise werden sowohl positive als die geplanten Entwicklungen als auch mögliche Risiken jederzeit transparent.

Bremen, im Februar 2017
Der Vorstand

DIE SPARKASSE BREMEN AG

Jahresabschluss

Jahresbilanz ZUM 31. DEZEMBER 2016

AKTIVSEITE	€	€	€	€	VORJAHR T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			68.047.271,02		65.564
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			<u>339.151.949,65</u>		32.883
				407.199.220,67	98.447
2. Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen			-,-		-
b) Wechsel			<u>-,-</u>		-
				<u>-,-</u>	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			186.207.211,03		97.231
b) andere Forderungen			<u>496.197.927,96</u>		271.108
				682.405.138,99	368.339
4. Forderungen an Kunden				9.012.845.671,73	8.762.813
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	3.759.600.443,19				3.521.939
Kommunalkredite	156.980.485,46				136.249
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-,-		-
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-				-
ab) von anderen Emittenten			<u>-,-</u>	-,-	-
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-				-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		487.776.100,75			532.292
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	487.776.100,75				532.292
bb) von anderen Emittenten		<u>326.959.416,17</u>	814.735.516,92		551.768
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	316.554.302,13				505.415
c) eigene Schuldverschreibungen				<u>-,-</u>	-
Nennbetrag	-,-				-
				814.735.516,92	1.084.060
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				78.723.422,81	426.178
6a. Handelsbestand				-,-	-
7. Beteiligungen				123.888.708,03	123.956
darunter:					
an Kreditinstituten	1,51				0
an Finanzdienstleistungsinstituten	3.929.833,63				3.930
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				54.969.127,71	36.020
darunter:					
an Kreditinstituten	13.491.795,36				13.492
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-				-
9. Treuhandvermögen				2.900.282,75	3.159
darunter:					
Treuhandkredite	2.215.790,74				2.474
10. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				-,-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			265.528,00		235
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-,-		-
d) geleistete Anzahlungen			<u>345.923,43</u>		-
				611.451,43	235
11. Sachanlagen				60.882.106,41	67.047
12. Sonstige Vermögensgegenstände				119.917.184,39	47.259
13. Rechnungsabgrenzungsposten				2.147.675,96	2.538
14. Aktive latente Steuern				53.163.956,84	41.787
Summe der Aktiva				11.414.389.464,64	11.061.838

PASSIVSEITE	€	€	€	€	VORJAHR T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			209.264.717,97		144.023
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>1.965.637.383,29</u>		2.048.959
				2.174.902.101,26	2.192.982
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.062.954.065,24			3.068.472
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>20.393.273,70</u>	3.083.347.338,94		73.575
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		4.058.806.138,72			3.656.180
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>542.608.001,51</u>	<u>4.601.414.140,23</u>		660.517
				7.684.761.479,17	7.458.744
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			15.400.204,92		19.557
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			<u>-,-</u>		-
darunter:					
Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
				15.400.204,92	19.557
3a. Handelsbestand				-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				2.900.282,75	3.159
darunter:					
Treuhandkredite	2.215.790,74				2.474
5. Sonstige Verbindlichkeiten				56.200.764,22	37.345
6. Rechnungsabgrenzungsposten				2.952.174,50	2.840
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			392.654.255,00		361.077
b) Steuerrückstellungen			6.711.365,79		1.053
c) andere Rückstellungen			<u>40.545.558,40</u>		33.883
				439.911.179,19	396.013
8. Nachrangige Verbindlichkeiten				184.414.910,65	192.597
9. Genussrechtskapital				22.000.000,00	22.000
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	22.000.000,00				-
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				125.030.275,28	75.029
darunter:					
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	30.275,28				29
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital		510.000.000,00			370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter		<u>13.000.000,00</u>	523.000.000,00		13.000
b) Kapitalrücklage			50.861.959,68		47.042
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		-,-			-
cb) Rücklage für eigene Anteile		-,-			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,-			-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>114.680.062,53</u>	114.680.062,53		218.311
d) Bilanzgewinn			<u>17.374.070,49</u>		13.219
				705.916.092,70	661.572
Summe der Passiva				11.414.389.464,64	11.061.838
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			440.920.661,32		412.913
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>-,-</u>		-
				440.920.661,32	412.913
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>559.580.555,67</u>		498.213
				559.580.555,67	498.213

Gewinn-und-Verlust-Rechnung FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2016

	€	€	€	€	VORJAHR T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		427.781.942,06			316.371
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		10.211.048,68	437.992.990,74		9.677
2. Zinsaufwendungen			<u>126.454.271,76</u>	+311.538.718,98	+210.118
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			6.664.178,12		15.469
b) Beteiligungen			4.016.910,90		6.803
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>846.000,00</u>	11.527.089,02	23.290
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				4.702.895,39	3.402
5. Provisionserträge			64.659.895,67		61.617
6. Provisionsaufwendungen			<u>7.408.394,31</u>	+57.251.501,36	+57.528
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands				+8.715,99	-2.098
8. Sonstige betriebliche Erträge				39.658.497,18	21.533
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		78.772.434,84			78.539
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>15.054.609,51</u>	93.827.044,35		51.810
darunter:					
für Altersversorgung	2.697.741,65				38.748
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>75.173.035,92</u>	169.000.080,27	211.180
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				6.918.495,09	5.538
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen				44.295.464,17	44.230
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			27.295.562,58		-
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>-,-</u>	-27.295.562,58	18.781
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			1.045.066,14		-
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>-,-</u>	-1.045.066,14	+7.008
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme				10.304.893,13	8.202
17. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				-50.000.000,00	-25.000
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+115.827.856,54	+45.412
19. Außerordentliche Erträge			-,-		-
20. Außerordentliche Aufwendungen			<u>45.361.674,00</u>	-45.361.674,00	5.064
21. Außerordentliches Ergebnis					-5.064
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			37.708.297,32		14.123
darunter:					
Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	11.377.441,11				136
23. Sonstige Steuern			<u>383.814,73</u>	38.092.112,05	14.629
24. Jahresüberschuss				32.374.070,49	25.719
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				-,-	-
26. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				-,-	-
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-,-		-
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			-,-		-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			-,-		-
d) aus anderen Gewinnrücklagen			<u>-,-</u>		-
				-,-	-
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-,-		-
b) in die Rücklage für eigene Aktien			-,-		-
c) in satzungsmäßige Rücklagen			-,-		-
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>15.000.000,00</u>	15.000.000,00	12.500
29. Bilanzgewinn				17.374.070,49	13.219

Anhang der Die Sparkasse Bremen AG

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Sitz der Sparkasse Bremen ist Am Brill 1–3, 28195 Bremen. Die Sparkasse Bremen ist im Handelsregister des Amtsgerichts Bremen unter der Nummer HRB 21770 eingetragen.

Der Jahresabschluss der Sparkasse Bremen wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienst-

leistungsinstitute (RechKredV) und der Satzung der Sparkasse Bremen aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Fristengliederung erfolgte nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Bei unverzinslichen und minderverzinslichen Forderungen wurde eine Abzinsung mit einem durchschnittlichen Refinanzierungssatz vorgenommen. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet.

Wertpapiere

Sämtliche Wertpapiere des Anlagebestandes und der Liquiditätsreserve wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die unter Aktiva 5 „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Wertpapiere wurden dabei mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsenkurs bewertet. Die unter Aktiva 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Spezialfondsanteile wurden zum investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Das in dieser Position ebenfalls enthaltene Investmentvermögen gemäß § 1 Abs. 1 KAGB wurde, wie bisher, zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Bei allen Wertpapieren wurde das Wertaufholungsgebot und das Anschaffungskostenprinzip beachtet.

Handelsbestand

Die Sparkasse Bremen weist ihre laufenden und abzugrenzenden Erträge und Aufwendungen aus Handelsbeständen nicht im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes, sondern in den korrespondierenden Posten der Gewinn- und -Verlust-Rechnung aus, da dieses der internen Steuerung entspricht.

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB weist die Sparkasse Bremen in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes (Posten 7) aus.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere

Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Die Bewertung einer Beteiligung erfolgte nach dem gemilderten Niederstwertprinzip, da auf Ebene der Beteiligung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert wurde. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen und – wenn besondere Umstände vorlagen – zu niedrigeren Werten angesetzt.

Im Rahmen der Ausübung von Wahlrechten aus der erstmaligen Anwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts wurde ein geringer Teil des Sachanlagevermögens, soweit es bis 2009 zugegangen ist, weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen degressiv abgeschrieben.

Die geringwertigen Vermögensgegenstände im Wert von 150,01 € bis 1.000,00 € (ohne Vorsteuer) wurden erstmals aufgrund ihrer unwesentlichen Bedeutung für die Sparkasse Bremen in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von 5 Jahren in gleichen Raten abgeschrieben wird.

Sonstige Vermögensgegenstände

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz wurden für Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem steuerlichen Gewinn, die sich in den folgenden Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, latente Steuern gebildet.

Bei der Berechnung der latenten Steuern haben wir einen Körperschaftsteuersatz inkl. Solidaritätszuschlag von 15,83 % (wie im Vorjahr) zugrunde gelegt, für die Gewerbesteuer einen Steuersatz von 16,1 % (wie im Vorjahr).

Bestehende passive latente Steuern wurden mit aktiven latenten Steuern verrechnet.

Eigene Inhaberschuldverschreibungen

Die auf Kundenwunsch vorzeitig zurückerworbenen Inhaberschuldverschreibungen wurden von den entsprechenden passiven Bilanzposten abgesetzt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend den Laufzeiten abgegrenzt.

Rückstellungen

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen. Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst. Als Abzinsungssatz wurde der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichte fristenkongruente Zinssatz zugrunde gelegt. Für Jubiläumsrückstellungen und andere Rückstellungen, die auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten berechnet werden, wurde die Vereinfachungsregelung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angewandt.

Die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt. Sie wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Auf diesen Zinssatz wurde infolge eines vorgezogenen Bewertungsstichtages eine Projektion des Zinssatzes auf den Abschlussstichtag vorgenommen und ein sich daraus ergebender Zinssatz von 4,01 % zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden eine Gehaltssteigerung von 2,1 %, eine Rentensteigerung von 1,4 % und eine Steigerung der sozialversicherungsrechtlichen Bemessungsgröße von 2,3 % p. a. zugrunde gelegt.

Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgte aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang. Die Aufwendungen für Aufzinsungen von bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen wurden in den Zinsaufwendungen ausgewiesen, der Zinsaufwand für die nichtbankgeschäftsbezogenen Rückstellungen wurde in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigt.

Währungsumrechnung

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, wurden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet.

Die Währungsumrechnung erfolgte nach den Vorschriften des § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB und IDW RS BFA 4.

Der Großteil der Bilanzbestände in Fremdwährung sowie nahezu sämtliche nicht abgewickelten Kassa-, Termin- und Optionsgeschäfte, die vollständig nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung). Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte wurden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet. Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die Währungsumrechnung der übrigen Bilanzbestände und Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften des § 256a HGB.

Die aus der Umrechnung ermittelten Kursgewinne und -verluste wurden in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung in den sonstigen betrieblichen Erträgen (Posten 8) bzw. den sonstigen betrieblichen

Aufwendungen (Posten 11) erfasst. Diese wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang dargestellt.

Bewertungseinheiten

Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Abschlussstichtag und während der Laufzeit des Grundgeschäfts vollständig gegenläufig sind (Critical-Terms-Match) und mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten abgeschlossen werden. Es wurden sowohl Wertpapiereigengeschäfte als auch derivative Kundengeschäfte mit gegenläufigen Sicherungsgeschäften jeweils zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

Als Grundgeschäfte wurden Rentenpapiere mit einem Buchwert von 35,4 Mio. € und schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 485,2 Mio. € in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelte es sich jeweils um sogenannte Mikro-Bewertungseinheiten. Diese Geschäfte wurden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsrisiken abgesichert. Sämtliche Bewertungseinheiten wurden nach der Einfrierungsmethode bewertet. Mit diesen Bewertungseinheiten werden Risiken in Höhe von 29,5 Mio. € abgesichert.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuch)

Im Rahmen der Überprüfung der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 wurde eine barwertige Methode angewendet.

Für das allgemeine Zinsänderungsrisiko ist eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden Aktiva und Passiva einschließlich der Derivate unter Berücksichtigung aller bis zur vollständigen Abwicklung zu erwartenden Verwaltungs- und Risikokosten sowie potenzielle Rückabwicklungskosten bestehender Darlehensverträge vorgenommen worden. Als Zinsstrukturkurve wurden produktspezifische Renditekurven zugrunde gelegt. Ein Verpflichtungsüberschuss bestand nicht und die Bildung einer Rückstellung war nicht erforderlich.

Derivate

Derivative Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen.

Negativzinsen

Negativzinsen wurden mit Zinserträgen bzw. -aufwendungen verrechnet und im Zinsergebnis ausgewiesen. Summiert hat sich das Zinsergebnis um 328 T € reduziert.

III. Erläuterungen zur Bilanz (SOWEIT NICHT ANDERS ANGEZEIGT, WERTE IN TAUSEND €)

Aktivseite

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	359.258
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	122.590
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.929
– mehr als fünf Jahre	–

Im Posten 3 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 4.795)	259
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–
– Forderungen an die eigene Girozentrale	2.087
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

– mit unbestimmter Laufzeit	647.846
-----------------------------	---------

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	392.839
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	592.863
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.349.218
– mehr als fünf Jahre	5.026.371

Im Posten 4 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 67.666)	65.542
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 73.019)	62.678
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 7.500)	7.500
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: –)	–
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

89.576

Im Posten 5 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	814.736
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	–
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 223.109)	122.352
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	–
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	24.128
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 423.678)	76.249
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	47.703

Die Anteilscheine des Spezialfonds sind nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaft schüttet grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von der Gesellschaft grundsätzlich thesauriert.

Investmentvermögen mit einem Anteil von mehr als 10%:

Fonds	Buchwert 31.12.2016	Marktwert 31.12.2016	Unterschieds- betrag	Ausschüttung 2016	Tägliche Rückgabe möglich	Anwendung NWP
Mischfonds						
BremenKapital Dynamik	10.000	10.554	-554	34	Ja	Ja
BremenKapital Ertrag	6.854	6.854	-	139	Ja	Ja
BremenKapital Wachstum	4.800	5.107	-307	27	Ja	Ja
HI-Bremen 9-Fonds	47.703	47.703	-	885	Ja	Ja

zu 6a. Handelsbestand

Der Posten 6a ist wie folgt aufzugliedern:

- derivative Finanzinstrumente	-
- Forderungen	-
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-
- sonstige Vermögensgegenstände	-
- Zwischensumme	-
- Risikoabschlag	-
- Gesamt	-

Innerhalb des Geschäftsjahres hat die Sparkasse Bremen die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

zu 7. Beteiligungen

Im Posten 7 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 9. Treuhandvermögen

Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:

- Forderungen an Kunden	2.216
- sonstige Vermögensgegenstände	684

zu 10. und 11. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:

	immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Anschaffungskosten am Jahresanfang	14.751	227.429
Zugänge	527	878
Abgänge	0	2.887
Anschaffungskosten am Jahresende	15.278	225.420
Kumulierte Abschreibungen am Jahresanfang	14.516	160.382
Zugänge (= Abschreibungen im Geschäftsjahr)	151	6.767
Abgänge		2.611
Kumulierte Abschreibungen am Jahresende	14.667	164.538
Bilanzwerte am Jahresende	611	60.882

Im Posten 11 Sachanlagen sind enthalten:

– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	38.060
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.499

zu 12. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Posten 12 sind enthalten:

– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 107)	107
---	-----

Bemerkenswerte Einzelposten:

– gestellte Barsicherheiten im Rahmen des zentralen Clearing	86.981
– nachrangige Vermögensgegenstände (stille Beteiligungen)	10.000
– gezahlte Optionsprämien	7.520
– Forderungen an verbundene Unternehmen	6.170

zu 13. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 13 sind enthalten:

– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 639)	506
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: 185)	32

zu 14. Aktive latente Steuern

Die in diesem Posten enthaltenen aktiven latenten Steuern resultieren ausschließlich aus Abweichungen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen.

Der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 3,7 Mio. €, die überwiegend auf Beteiligungen entfallen, wird durch absehbare Steuerentlastungen in Höhe von 56,9 Mio. € überdeckt.

Die zukünftigen Steuerentlastungen entfallen im Wesentlichen auf unterschiedliche Wertansätze bei den Rückstellungen, den Beteiligungen sowie den Wertpapieren.

Mehrere Posten der Aktivseite betreffende Angaben

Fremdwährungsaktiva:

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 261,9 Mio. €.

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	115.073
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	185.195
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	579.796
– mehr als fünf Jahre	1.052.467

Im Posten 1 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 5.286)	17.959
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 1.993)	2.334
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	6.957

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 1.332,4 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten

– Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	6.352
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.287
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.505
– mehr als fünf Jahre	3.249

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

– Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	59.111
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	115.904
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	101.498
– mehr als fünf Jahre	256.013

Im Posten 2 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 33.615)	40.795
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 31.810)	32.450

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig

–

Im Posten 3 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: –)	–
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–

zu 3a. Handelsbestand

Der Posten 3a ist wie folgt aufzugliedern:

– derivative Finanzinstrumente	–
– Verbindlichkeiten	–
– Zwischensumme	–
– Risikoaufschlag	–
– Gesamt	–

Innerhalb des Geschäftsjahres hat die Sparkasse Bremen die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.216
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	684

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

– festgesetzte Steuervorauszahlungen	28.015
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	13.142
– erhaltene Optionsprämien	7.700

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 6 sind Disagien aus Forderungen enthalten (Vorjahr: 2.645): **2.776**

zu 7. Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB, der sich aus dem Ansatz der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre und dem Ansatz der Pensionsrückstellungen mit dem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt, beträgt zum 31.12.2016 39,2 Mio. €.

Der in Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz ergebende, noch ausstehende Zuführungsbetrag wurde komplett im Geschäftsjahr 2016 zugeführt.

Aus der Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ergab sich per 31.12.2016 eine Überdotierung bei einer Rückstellung in Höhe von 2 TEUR. Da diese Überdotierung voraussichtlich bis spätestens zum 31.12.2024 wieder zugeführt werden muss, wurde auf eine entsprechende Rückstellungsminderung verzichtet.

zu 8. Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Posten 8 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: –)	–
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr 2016 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen: **6.389**

Der Bestand betrifft auf Euro lautende Inhaber- und Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von 2017 bis 2028. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform sind nicht vorgesehen.

zu 9. Genussrechtskapital

Der Bestand betrifft 3 Namensgenussscheine. Diese verbriefen Gläubigerrechte mit fester Verzinsung von 4,40 % bzw. 4,50 % p.a., die unter bestimmten Bedingungen ausfallen kann. Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.

zu 10. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB wurde im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 50,0 Mio. € dotiert. Darüber hinaus wurde dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB ein Betrag in Höhe von 1 TEUR aus dem Nettoertrag des Handelsbestands zugeführt.

zu 11. Eigenkapital

Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals

	Stamm- aktien	Vorzugs- aktien	Stille Einlage	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklage	Bilanz- gewinn	Eigen- kapital
Stand 01.01.2016	370.000	–	13.000	47.042	218.311	13.219	661.572
Zuführung aus Bilanzgewinn 2015					11.369	–11.369	–
Dividendenausschüttung in 2016						–1.850	–1.850
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	130.000				–130.000		–
Ausgabe von Vorzugsaktien im Rahmen des genehmigten Kapitals		10.000		3.820			13.820
Zuführungen aus Jahresüberschuss 2016					15.000	17.374	32.374
Stand 31.12.2016	500.000	10.000	13.000	50.862	114.680	17.374	705.916

Genehmigtes Kapital

Es besteht ein genehmigtes Kapital, das die Hauptversammlung am 18.05.2016 geschaffen hat. Danach ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft in der Zeit bis zum 17.05.2021 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu insgesamt nominal 250,0 Mio. € durch Ausgabe von bis zu Stück 250.000 neuen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zu erhöhen.

Sofern von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wird, sind die Vorzugsaktien mit einem Gewinnvorzug nach Maßgabe von § 21 Abs. 2 der Satzung ausgestattet. Die Ermächtigung kann vollständig oder ein- oder mehrmals in Teilbeträgen ausgenutzt werden. Gemäß § 139 Abs. 2 AktG können neue Vorzugsaktien ohne Stimmrecht höchstens bis zur Hälfte des Grundkapitals im Zeitpunkt der Ausnutzung ausgegeben werden. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

Gemäß dieser Ermächtigung hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 21.06.2016 erstmalig 10.000 neue, auf den Namen lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen ausgegeben. Zum 31.12.2016 besteht das genehmigte Kapital noch in Höhe von 240,0 Mio. €.

Das Grundkapital beträgt 510,0 Mio. € und teilt sich auf in 500.000 nennwertlose Stückaktien und 10.000 nennwertlose Vorzugsaktien. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse in Bremen gehalten.

Die zum gezeichneten Kapital gehörende Stille Einlage in Höhe von 13,0 Mio. € hat eine Restlaufzeit von 1 Jahr und 6 Monaten.

Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 18.05.2016 wurde der Bilanzgewinn 2015 in Höhe von 11,4 Mio. € in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Mehrere Posten der Passivseite betreffende Angaben

Fremdwährungspassiva

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 250,0 Mio. €.

zu Eventualverbindlichkeiten (Nr. 1 unter dem Strich)

Die Eventualverbindlichkeiten unterliegen organisatorisch geregelten Kreditvotierungs-, -entscheidungs- und -überwachungsprozessen. Die Genehmigung der Kreditvergabe und die Kreditüberwachung ist an die Höhe des einzelnen Risikos gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonität der Kreditnehmer sind entsprechende Kreditkompetenzen definiert, so dass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden. Die zugunsten der Kreditnehmer eingegangenen Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten gegenüber Dritten sind nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten durch die Kreditnehmer aller Voraussicht nach erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

zu Andere Verpflichtungen (Nr. 2 unter dem Strich)

Die unwiderruflichen Kreditzusagen unterliegen organisatorisch geregelten Kreditvotierungs-, -entscheidungs- und -überwachungsprozessen. Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten überwiegend Darlehen, die teilvalutiert und noch nicht vollständig ausgezahlt sind. Wesentliche Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen.

IV. Sonstige Angaben zur Bilanz

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 6,0 Mio. €. Der Mietvertrag mit der längsten Laufzeit ist bis zum 31.08.2028 befristet.

Im Finanzanlagenbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungsverpflichtungen von derzeit 4,8 Mio. €.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse Bremen für vier Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse Bremen freizustellen.

Es bestehen unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen von derzeit 1,1 Mio. € für einen Teilbetrag der Bankenabgabe. Hierfür ist eine Barsicherheit geleistet worden.

Termingeschäfte

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Anhangangaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt:

„Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.“

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

	NOMINALWERTE					MARKTWERTE		
	Restlaufzeit	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt	davon Handels- bestand	positiv	negativ
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsbezogene Geschäfte								
OTC-Produkte	635,5	1.628,2	2.096,8	4.360,5	0,0	61,8	315,4	
Börsengeschäfte	-	-	-	-	-	-	-	
Währungsbezogene Geschäfte								
OTC-Produkte	755,7	82,2	0,0	837,9	0,0	22,9	23,6	
Börsengeschäfte	-	-	-	-	-	-	-	
Geschäfte mit sonstigen Risiken								
OTC-Produkte	-	-	-	-	-	-	-	
Börsengeschäfte	-	-	-	-	-	-	-	
Gesamt					5.198,4	0,0		

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mithilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der Cashflows der beiden Swapseiten. Die Cashflows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Abschlussstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Abschlussstichtag).

Caps / Floors

Mithilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinsten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

Pfandbriefe

Zusätzliche Angaben für Pfandbriefe nach § 2 Abs. 1 RechKredV

Die Gliederung einzelner Bilanzpositionen nach den für Pfandbriefbanken geltenden Regelungen zeigt zum 31.12.2016 folgende zusätzliche Informationen:

AKTIVSEITE	in Mio. €	in Mio. €	2016 in Mio. €	2015 in Mio. €
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		–,-		–
b) Kommunalkredite		–,-		–
c) andere Forderungen		682,4		368,3
			682,4	368,3
<i>darunter:</i>				
<i>täglich fällig</i>	186,2			97,2
<i>gegen Beleihung von Wertpapieren</i>	–,-			–
4. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		3.759,6		3.521,9
b) Kommunalkredite		157,0		136,2
c) andere Forderungen		5.096,2		5.104,7
			9.012,8	8.762,8
<i>darunter:</i>				
<i>gegen Beleihung von Wertpapieren</i>	5,3			6,2
13. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		0,5		0,8
b) andere		1,6		1,7
			2,1	2,5
PASSIVSEITE				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		100,0		55,0
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		–,-		–
c) andere Verbindlichkeiten		2.074,9		2.138,0
			2.174,9	2.193,0
<i>darunter:</i>				
<i>täglich fällig</i>	209,3			144,0
<i>zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe</i>	–,-			–
	–,-			–
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		265,1		210,1
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		–,-		–
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.063,0		3.068,5
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		20,4		73,6
d) andere Verbindlichkeiten		4.336,3		4.106,5
			7.684,8	7.458,7
<i>darunter:</i>				
<i>täglich fällig</i>	4.058,8			3.656,2
<i>zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe</i>	–,-			–
	–,-			–
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenpfandbriefe		–,-		–
ab) öffentliche Pfandbriefe		–,-		–
ac) sonstige Schuldverschreibungen		15,4		19,6
			15,4	19,6
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		3,0		2,8
b) andere		–,-		–,-
			3,0	2,8

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1 (in Mio. €)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ¹⁾ (Verschieb. nach oben)		Risikobarwert ¹⁾ (Verschieb. nach unten)	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	365,1	265,1	411,9	309,9	333,9	255,7	438,2
Gesamtbetrag der Deckungsmassen	748,0	732,7	860,9	845,3	759,9	748,9	880,4	874,7
davon gattungsklassische Deckungswerte	736,8	721,4	849,6	833,9	748,7	737,6	869,1	863,4
davon sonstige Deckungswerte	11,2	11,3	11,3	11,4	11,2	11,3	11,3	11,3
Überdeckung in %	104,88%	176,41%	109,01%	172,76%	127,59%	192,83%	100,92%	161,98%
Sichernde Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG in %			2,74%					

¹⁾ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2 (in Mio. €)	Laufzeitstruktur 31.12.2016		Laufzeitstruktur 31.12.2015	
	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf
	bis zu sechs Monate	44,4	0,0	29,7
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten	33,7	0,0	20,5	0,0
Summe bis zu 1 Jahr	78,1	0,0	50,2	0,0
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	32,7	0,0	42,4	0,0
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	35,7	0,0	38,5	0,0
Summe mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	68,4	0,0	80,9	0,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	85,4	43,0	82,0	0,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	79,7	15,0	88,0	43,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	69,6	5,0	81,8	15,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	257,9	137,1	268,0	107,1
über 10 Jahre	108,9	165,0	81,9	100,0

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3

In den Deckungsmassen befinden sich keine Derivate.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4 ff. (in Mio. €)	31.12.2016				31.12.2015				gesetzl. Grenze
	Nominal- wert brutto	davon nicht anrechenbar	Nominal- wert netto	Anteil am Umlauf	Nominal- wert brutto	davon nicht anrechenbar	Nominal- wert netto	Anteil am Umlauf	
	§ 19 PfandBG Abs. 1 Nr. 1	-	-	-	-	-	-	-	
§ 19 PfandBG Abs. 1 Nr. 2	-	-	-	-	-	-	-	-	10,00%
§ 19 PfandBG Abs. 1 Nr. 3	-	-	-	-	-	-	-	-	20,00%
Weitere Deckung nach Art der gesetzlichen Begrenzung	§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG 10%-Grenze		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Artikels 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013		§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG 20%-Grenze		Summe		
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	
Bundesrepublik Deutschland	-	-	-	-	11,2	11,3	11,2	11,3	11,3
Luxemburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-	11,2	11,3	11,2	11,3	11,3
Nettobarwert je Fremdwährung	Barwert der Deckungsmassen		Barwert des Pfandbriefumlaufs		Nettobarwert in Fremdwährung				
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015			
keine	-	-	-	-	-	-			
	31.12.2016	31.12.2015							
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte	97,66%	97,56%							
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00%	100,00%							
Überschreitungsbeitrag hypothekarischer Deckung in Staaten, bei denen Pfandbriefgläubigervorrecht nicht sichergestellt ist (§ 13 Abs. 1 PfandBG)	-	-							
volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit	6,50	6,14							

Die Sparkasse Bremen AG ist eine Pfandbriefbank. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über die Homepage der Sparkasse Bremen im Internet unter www.sparkasse-bremen.de erfüllt.

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1 (in Mio. €)

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	31.12.2016		31.12.2015		Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen (sonstige Deckung)	31.12.2016		31.12.2015		Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumschlages
a) nach Größenklassen					sonstige Deckungswerte	11,2	11,3	3,08%		
bis einschließlich 300 T€	605,9	581,4			weitere Deckung gem. § 19 Abs. 1 Nr. 2–3 PfandBG brutto	–	–	0,00%		
mehr als 300 T€ bis einschließlich 1 Mio. €	60,1	63,8			davon nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	–	–	0,00%		
mehr als 1 Mio. € bis einschließlich 10 Mio. €	70,8	76,2			davon höchste Geldforderung geg. Kl	–	–	0,00%		
mehr als 10 Mio. €	0,0	0,0			Gesamtauslastung nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	–	–	0,00%		
					Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung verwendet)	11,2	11,3	3,08%		
					Deckung ausschließlich für Liquiditätssicherung nach § 4 Abs. 1a PfandBG	–	–	0,00%		
					Summe gattungsklassische und weitere Deckung	748,0	732,7	204,9		
b) nach Staaten, in denen die Grundstückssicherheiten liegen¹										
Bundesrepublik Deutschland	736,8	721,4								

¹ keine Grundstückssicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

c) nach Nutzungsart in der Bundesrepublik Deutschland	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Eigentumswohnungen	103,5	101,3	
Ein- und Zweifamilienhäuser	427,0	400,8		
Mehrfamilienhäuser	122,9	125,4		
Bürogebäude			7,9	9,4
Handelsgebäude			2,3	2,4
Industriegebäude			25,2	27,8
sonstige gewerblich genutzte Gebäude			48,0	54,2
unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten			0,0	0,1
Bauplätze			0,0	0,0

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2 (in Mio. €)

Länder	Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen		Forderungen mit mindestens 5% Rückstandsbeitrag	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Bundesrepublik Deutschland	0,0	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0	0,0	0,0

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3 (in Mio. €)

	31.12.2016	31.12.2015
Durchschnittlich gewichteter Beleihungsauslauf	53,95%	54,23%

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 4

a) Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren zum 31.12.2016	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	31.12.2016 Anzahl	31.12.2015 Anzahl	31.12.2016 Anzahl	31.12.2015 Anzahl
		0	0	0
b) Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen im Geschäftsjahr	0	0	0	0
b) Übernahme von Grundstücken im Geschäftsjahr	0	0	0	0
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
c) Rückständige Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

V. Erläuterungen zur Gewinn- und-Verlust-Rechnung

zu 1. a) Zinserträge

In diesem Posten sind rd. 34 % periodenfremde Erträge enthalten. Diese entfallen zu rd. vier Fünftel auf Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches.

zu 2. Zinsaufwendungen

In diesem Posten sind rd. 27 % periodenfremde Aufwendungen enthalten. Diese entfallen auf Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches.

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Veränderung der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen in Höhe von 5 T€ enthalten.

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 6. Provisionsaufwendungen

Dieser Posten enthält im Geschäftsjahr 2016 erstmals Aufwendungen aus der Vermittlung von Aktivgeschäft in Höhe von 3.620 T€, die bis zum Vorjahr unter den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Posten 9) ausgewiesen wurden.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 24.866 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und 4.897 T€ Verwaltungskostenerstattungen enthalten.

Es wurden Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 1.351 T€ erfasst.

zu 11. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Veränderung der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen in Höhe von 30.964 T€ enthalten.

zu 21. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis enthält die vollständige Zuführung des noch ausstehenden Neubewertungsbetrages der Pensionsrückstellungen im Zusammenhang mit den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes in Höhe von 45,4 Mio. €.

Das außerordentliche Ergebnis führt zu keinen nennenswerten Auswirkungen auf den Steueraufwand außerhalb der latenten Steuern.

zu 22. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Überleitung vom erwarteten zum tatsächlichen Steueraufwand	
	Mio. €
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	115,8
erwarteter Steueraufwand (31,93 %)	37,0
Steuerminderung auf a.o. Aufwand	-14,5
Steuerminderung durch sonstige Steuern	-0,1
Steuereffekte aus Abweichungen der steuerlichen Bemessungsgrundlage:	26,3
tatsächlicher Steueraufwand 2016	48,7
periodenfremde Steueraufwendungen und Erträge	0,4
Aktivierung latenter Steuern	-11,4
tatsächlicher Ertragsteueraufwand laut Gewinn- und-Verlust-Rechnung	37,7

zu 29. Bilanzgewinn

Angabe gemäß § 285 Satz 1 Nr. 28 HGB zu den ausschüttungsgesperrten Beträgen:

Aufgrund der Höhe der frei verfügbaren anderen Gewinnrücklagen unterliegt der Jahresüberschuss keiner Ausschüttungssperre.

Gewinnverwendung:

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2016 von insgesamt 17,4 Mio. € 7,7 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen und 9,7 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen auszuschütten.

VI. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital Ende 2016 in %	Eigenkapital 2015 in T€	Ergebnis ³ 2015 in T€
BREBAU GmbH, Bremen	48,8	74.241	8.429
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen	100,0	20.501 ²	0 ¹
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	10.000 ²	0 ¹
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	5.907	857
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	5.000 ²	0 ¹
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 ²	0 ¹
nwd nordwest Dienstleistungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	885 ²	0 ¹
s mobile finanzberatung Gesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	125 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹

Anmerkungen:

¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge

² Eigenkapital und Ergebnis 2016

³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung

Beteiligungen der Sparkasse Bremen an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die 5 % der Stimmrechte überschreiten:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
BREBAU GmbH, Bremen	48,8
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	10,7
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	8,0
neue leben Holding AG, Hamburg	7,8
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	7,0

Konzernzugehörigkeit

Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Gesamthonorar des gesetzlichen Abschlussprüfers

Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 0,8 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,2 Mio. € für andere Bestätigungsleistungen enthalten.

Besondere Vorgänge nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 haben sich keine besonderen Vorgänge ereignet.

Organe

Aufsichtsrat

Dipl.-Kfm. Otto Lamotte, Vorsitzender ab 18.05.2016

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender
(bis 18.05.2016)

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender

Stefan Bellinger
(ab 18.05.2016)

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann
(bis 18.05.2016)

Björn Drenkwitz

Dipl.-Kfm. Ulrich Kurt Emde
(ab 18.05.2016)

Alexander Künzel

Dipl.-Kffr. Janina Marahrens-Hashagen

Heiko Oerter

Volker Stange

Geschäftsführender Gesellschafter der Henry Lamotte Oils GmbH

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der NordCap GmbH & Co. KG

Geschäftsführender Gesellschafter der Carbox GmbH & Co. KG

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Geschäftsführer der Westprüfung Emde
GmbH & Co. KG, Partner der Emde & Partner mbB

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführende Gesellschafterin der H. Marahrens-Schilderwerk,
Siebdruckerei, Stempel GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren
zum Bilanzstichtag mit 0,7 Mio. €.

Bezüge

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für das Geschäftsjahr 2016 für Ihre Tätigkeit im
Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates 0,2 Mio. € vergütet.

Vorstand

Dr. rer. nat. Tim Nesemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren
zum Bilanzstichtag mit 1,8 Mio. €.

Bezüge

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 2,5 Mio. € vergütet, davon 1,7 Mio. €
fixe Bezüge und 0,8 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 1,3 Mio. €
gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsverpflichtungen von 16,5 Mio. €.
Der in Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB per 31.12.2015 noch
ausstehende Betrag von 2,1 Mio. € wurde im Geschäftsjahr 2016 zugeführt.

Mandate

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Bremen Mandate wahr:

Dr. Tim Nesemann

BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT –Aktiengesellschaft von 1877–
 DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co.
 Freie Internationale Sparkasse S.A.
 GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen

AR
 AR
 AR, Vorsitzender
 AR

Thomas Fürst

Diakonische Behindertenhilfe gemeinnützige GmbH
 Freie Internationale Sparkasse S.A.
 Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen
 neue leben Holding AG
 neue leben Pensionskasse AG
 neue leben Pensionsverwaltung AG
 neue leben Unfallversicherung AG
 Sparkassen Kreditpartner GmbH

AR, Vorsitzender
 AR
 AR
 AR
 AR
 AR
 AR
 AR

Joachim Döpp

Öffentliche Versicherung Bremen

AR, stv. Mitglied

Dr. Heiko Staroßom

BREBAU GmbH
 Öffentliche Versicherung Bremen

AR, Vorsitzender
 AR

Holm Diez

BREBAU GmbH

AR

Wolfgang Taden

Freie Internationale Sparkasse S.A.

AR

Arne Beckefeld

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	789 ¹
Teilzeit- und Ultimokräfte	522 ¹
	1.311
Auszubildende	89
Insgesamt	1.400

¹ davon gewerbliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

– Vollzeitkräfte	0
– Teilzeit- und Ultimokräfte	35

Bremen, 22. Februar 2017

Die Sparkasse Bremen AG
 – Der Vorstand –

Dr. Nesemann

Döpp

Fürst

Dr. Staroßom

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 8. März 2017

Prüfungsstelle des

**HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Bolte

Wirtschaftsprüfer

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2016

Die Sparkasse Bremen AG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Bremen AG definiert den Umsatz als Saldo folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands (Erträge/Aufwendungen saldiert) und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 424.687 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt zum Jahresende 1.194.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 70.466 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 37.708 TEUR. Die Steuern betreffen sowohl laufende wie auch latente Steuern.

Die Sparkasse Bremen AG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.



Bericht des Aufsichtsrates

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen, wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und Geschäftspolitik sowie über die Geschäftsentwicklung und Lage der Die Sparkasse Bremen AG unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich daher von der stets ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt. Er traf die ihm obliegenden Entscheidungen in turnusmäßigen Sitzungen oder im schriftlichen Verfahren. Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes fanden regelmäßig Besprechungen statt, in denen der Vorsitzende des Aufsichtsrates über die aktuelle Entwicklung des operativen Geschäftes informiert wurde und strategische Überlegungen diskutiert wurden.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer.

Der Aufsichtsrat trat 2016 zu sechs Sitzungen zusammen. Darüber hinaus wurde er mittels Quartalsberichten zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 2016 durch den Vorstand sowie die besonderen Funktionen nach MaRisk zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert.

Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat Ausschüsse gebildet. Im Geschäftsjahr gab es folgende Veränderung in der Ausschussstruktur: Aufgrund des vorzuhaltenden Wissens und der stetig wachsenden Dokumentationspflicht und Regulatorik wurden die Aufgaben des Präsidialausschusses am 07. September 2016 auf einen neu gebildeten Prüfungsausschuss und einen Personalausschuss aufgeteilt. Der Prüfungsausschuss nimmt die Aufgaben und Befugnisse entsprechend § 25d Abs. (9) KWG wahr, während der Personalausschuss die Aufgaben und Befugnisse entsprechend eines Nominierungs- und Vergütungskontrollausschusses nach § 25d Abs. (11) und (12) KWG wahrnimmt. Der Präsidialausschuss wurde aufgelöst.

Der Kredit- und Risikoausschuss bleibt unverändert bestehen und nimmt u. a. die Aufgaben und Befugnisse entsprechend eines Risikoausschusses nach § 25d Abs. (8) KWG wahr. Der Aufsichtsrat hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse von deren Ausschussvorsitzenden berichten lassen.

Der Präsidialausschuss tagte vor seiner Auflösung im Berichtsjahr einmal. Er behandelte in seiner turnusmäßigen Bilanzsitzung zur Vorbereitung der Sitzung des Aufsichtsrates insbesondere den Prüfungsbericht und Jahresabschluss 2015, den Corporate Governance Bericht 2015 einschließlich Entsprechenserklärung nach § 161 AktG sowie den Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2016 und überzeugte sich anhand der Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers davon, dass seinerseits keine Interessenkonflikte bestehen.

Der Personalausschuss tagte im Berichtsjahr ebenfalls einmal. Er behandelte die Ausgestaltung der Vergütungssysteme, die aktuelle Beschlusslage hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und die sogenannte Effizienzprüfung.

Der Kredit- und Risikoausschuss trat 2016 zu fünf Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fasste er im Bedarfsfall Beschlüsse im fernmündlichen und/oder schriftlichen Verfahren. Neben den ihm zur Genehmigung vorgetragenen Kreditentscheidungen nahm er die Kreditrisikostategie der Die Sparkasse Bremen AG sowie die

regelmäßigen Quartalsberichte über die Risikoentwicklung und die quartalsweisen Kreditrisikoberichte zur Kenntnis.

Die Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex wurden beachtet, soweit nicht Vorstand und Aufsichtsrat im Einzelnen Abweichungen beschlossen und in der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offengelegt haben. Der Umsetzungsstatus wurde vom Aufsichtsrat formal bestätigt.

Die von der Hauptversammlung am 18. Mai 2016 zum Abschlussprüfer gewählte Prüfungsstelle des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hamburg, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Bericht des Abschlussprüfers wurde dem zuständigen Prüfungsausschuss zur Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung ausgehändigt, in der der Jahresabschluss 2016 behandelt worden ist. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Prüfungsausschusses am 21. März 2017 und des Aufsichtsrates am 23. März 2017 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis seiner Prüfung entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 in seiner Sitzung am 23. März 2017 gebilligt und damit festgestellt. Ferner stimmte er dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns zu.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2016 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den dazu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft.

Der Bericht des Abschlussprüfers enthält hierzu folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, nicht unangemessen hoch war.“

Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen gegen die Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

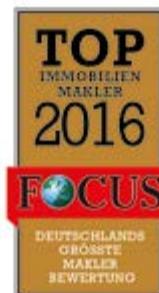
Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tatkräftigen Einsatz im Jahr 2016. Sein Dank gilt den Kundinnen und Kunden der Sparkasse für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bremen, 23. März 2017

Der Aufsichtsrat

Otto Lamotte

Vorsitzender des Aufsichtsrates



Die Sparkasse Bremen AG
Am Brill 1–3 | 28195 Bremen
Postfach 107880 | 28078 Bremen
Telefon (0421) 179-0
www.sparkasse-bremen.de
mail@sparkasse-bremen.de

Zahlen und Fakten

Scannen Sie den QR-Code
und laden Sie den Jahres-
und Geschäftsbericht der
Sparkasse Bremen runter.

